



Aktuelles

Amtsübergabe des Rektors

Gastbeitrag

Illiberale Reformen?
Ungarns Regierung in
der internationalen Kritik

Semesterrückblick

AUB @ Dunai Regatta 2017

andrássy

NACHRICHTEN

2017
Wintersemester

NACHRICHTEN
DER
ADRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

IMPRESSUM

13. Ausgabe der Andrassy Nachrichten (7. Jahrgang, 2. Ausgabe), Auflage: 1500 Stück, Erscheinungsdatum: 08.09.2017

Herausgeber: Prof. Dr. Dietmar Meyer, Rektor
der Andrassy Universität Budapest
Redaktion: Dr. Orsolya Lénárt, Referat für
Marketing und Kommunikation
Design: Bencium Grafikbüro
Layout und Satz: Zsuzsa Urbán
Druck: H-ART Kft.

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Texte
sinngerecht zu kürzen und zu bearbeiten.
Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei
den jeweiligen AutorInnen.

Foto Titelseite: Rudolf Karancsi

Sofern nicht anders angegeben, liegen die
Urheberrechte der weiteren Abbildungen bei der
Andrassy Universität Budapest (im Speziellen bei
Gábor Ancsin und Zoltán Tuba oder den jeweiligen
AutorInnen), oder diese sind gemeinfrei.

Andrassy Universität Budapest
Pollack Mihály tér 3.
H-1088 Budapest
Telefon: +36 1 266 3101
www.andrassyuni.eu

USt-Id-Nr.: HU18173967

2017/2



AUB @ Dunai Regatta 2017 – S. 36

INHALT

VORWORT DES REKTORS

2

AKTUELLES | Neues Mentoring- und Stipendienprogramm für zukünftige Führungsfrauen | Amtsübergabe des Rektors | Deutscher Kunstfonds in Ungarn spendet Kunstwerke an AUB | VOKSKABIN | Zweites ECO-net-Treffen in Krems | Im Gespräch mit AUB-Rektor Dietmar Meyer | AUB als „verlässlicher Arbeitgeber 2017–18“ ausgezeichnet | Delegation der baden-württembergischen CDU-Landtagsfraktion zu Gast | Bundesverdienstkreuz für Péter Balázs | In Memoriam György Hazai | Neue Kooperationen | Neuerscheinungen im Sommersemester 2017

3



Amtsübergabe des Rektors der Andrássy Universität Budapest
S. 4

GASTBEITRAG

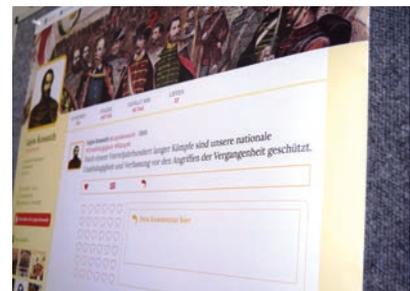
Illiberale Reformen? Ungarns Regierung in der internationalen Kritik

16

VERANSTALTUNGEN IM SOMMERSEMESTER 2017

Der höhere Auswärtige Dienst | Die österreichische Bundespräsidentenwahl 2016 | Buchpräsentation des Mitteleuropazentrums | Der Einfluss der Europäischen Menschenrechtskonvention auf die österreichische Rechtsordnung | Gemeinsam für den Frieden? | Eröffnung des Zentrums für Diplomatie | Menschen und ihre Biografien – DoktorandInnentagung 2017 | Cooperation in the Visegrad Four Group | Abgestufte Integration der EU | Digital Divide in the Danube Region | CEU Insight | Öffentliche Debattenkultur in Deutschland | Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg | ELI Administrative Law SIG Conference | Domokos Kosáry: Ungarn und die internationale Politik 1848/49 | Politischer Populismus

17



Interaktive Offline-Social-Media-Installation zu „150 Jahre Österreichisch-Ungarischer Ausgleich“
S. 39

PORTRAIT | Central European University (CEU)

31

SEMESTERRÜCKBLICK DER STUDIERENDESCHAFT, DOKTORANDINNEN & ALUMNI | Alumni-Verein spendet Sitzsäcke für Kossutheria | Fokus IB – Internationale Beziehungen und Diplomatie in der Praxis | Exkursion nach Belgrad | Exkursion nach Siebenbürgen | AUB @ Dunai Regatta 2017 | #ausgleich150

33

WISSENSCHAFT UND LEHRE | Disputationen

40

Vorwort des Rektors

Liebe Freunde der Andrássy
Universität Budapest,

„Ein Bild sagt mehr als tausend Worte.“ Dieser Spruch, der unter anderem auch Kurt Tucholsky zugeschrieben wird, ist oft zitiert worden und mit Sicherheit weithin bekannt; es wäre also nicht unbedingt sinnvoll, ihn hier weiter zu strapazieren. Trotzdem, beim ersten Betrachten der neuen Ausgabe der Andrássy Nachrichten ließ mich ein ähnlicher Gedanke nicht los: *Ein Bild initiiert, integriert viele Gedanken*; für mich war das Bild die **Flagge** auf der Titelseite der Andrássy Nachrichten.

Die Ereignisse, die seit dem Erscheinen der vorigen Ausgabe der Andrássy Nachrichten die MitarbeiterInnen der Universität am intensivsten beschäftigt haben, waren zweifellos der Wechsel der Universitätsleitung und die Diskussionen bezüglich der Ergänzungen des Nationalen Hochschulgesetzes Nr. CCIV aus dem Jahr 2011, allgemein bekannt als „Lex CEU“.

Das gegenwärtige Rektoratskollegium übernahm in einer neuen Struktur, nun mit zwei Prorektoren, nämlich mit Prof. Dr. Ellen Bos als Prorektorin für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs und Dr. habil. Georg Trautnitz als Prorektor für Lehre und Studierende, die Amtsgeschäfte – die **Flagge** – am 16. März 2017 von einem Gremium, dem neun Jahre lang Prof. Dr. András Masát vorstand, und dem als Prorektoren Prof. Dr. Stefan Okruch und anschließend Prof. Dr. Hendrik Hansen angehörten; Kanzler Dr. Ákos Domahidi war sowohl Mitglied früherer Universitätsleitungen, wie auch der jetzigen.

Der Handlungsspielraum einer Universitätsleitung ist im Wesentlichen durch zwei Dinge begrenzt: durch die starken Pfadabhängigkeiten



(Traditionen, kulturelle Bedingungen, Wissensstand, usw.), die die zu steuernden Prozesse prägen, und durch den begrenzten Zeitraum, in dem sie ihre Aktivitäten ausüben kann. Der Spruch „omnia videre, multa dissimulare, pauca corrigere“ („alles sehen, vieles übersehen, ein wenig korrigieren“) scheint also auch in der Hochschullandschaft durchaus Berechtigung zu haben. Durch einen Kraftakt etwas Neues zu schaffen, ist – historisch belegbar – auf jeden Fall möglich, ob dieses Neue über einen längeren Zeitraum erfolgreich sein wird, steht auf einem anderen Blatt; historisch belegbar ist allerdings auch, dass die überstarke Beeinflussung von etablierten Strukturen und Institutionen zumeist mit negativen, die Effizienz dieser Strukturen reduzierenden Wirkungen einhergeht. Unter diesem Aspekt versteht sich das neue Rektoratskollegium als Element eines Entwicklungsprozesses, als Nachfolger früherer Universitätsleitungen, der zugleich die zuvor entwickelten Strategien übernimmt, diesen aber im Sinne des literaturwissenschaftlichen Begriffs der „Aufhebung“ einen eigenen Charakter verleiht.

Die Verabschiedung des „Lex CEU“ schuf innerhalb weniger Tage unverkennbar eine Situation, die die

Notwendigkeit von Stellungnahmen hervorrief. Die AUB war die erste Universität, die in Ungarn eine fundierte Stellungnahme zum „Lex CEU“ auf ihre Homepage setzte. Fundiert war sie zumindest aus vier Aspekten:

- sie betonte das für den Wettbewerb – auch im Hochschulwesen – notwendige Prinzip „Gleiche Chancen für Alle“;
- sie betonte die Wichtigkeit der Solidarität der Hochschulinrichtungen miteinander;
- sie betonte, dass derartige Probleme nur durch Verhandlungen gelöst werden können;
- last, but not least, sie betonte die Bedeutung der CEU nicht nur für die AUB, die zahlreiche Kooperationen mit dieser Universität unterhält, sondern für den ganzen Wissenschaftsstandort Ungarn.

Damit, und auch durch den Fakt, dass in dieser Ausgabe der Andrássy Nachrichten unter der Rubrik *Portrait* nicht eine Person, sondern die CEU vorgestellt wird, hat die AUB **Flagge** gezeigt. Die Reaktionen auf die Stellungnahme der AUB waren durchweg positiv, die seit dem auch andauernden Anfragen nach Radio- oder Zeitungsinterviews zeigten eindeutig, dass die AUB ihrer Brückenfunktion im europäischen Raum immer mehr gerecht wird.

Das soll auch in Zukunft so sein!

Mit herzlichen Grüßen:

Ihr

Dietmar Meyer

Aktuelles

NACHRICHTEN AUS DEM UNIVERSITÄTSLEBEN

Neues Mentoring- und Stipendienprogramm für zukünftige Führungsfrauen

Ab dem Wintersemester 2017/18 werden talentierte Studentinnen im Masterstudiengang „Management and Leadership“ in der Entwicklung ihrer Fach- und Führungskompetenzen besonders gefördert.

Das Frauenförderprogramm „Diversität und Digitalisierung“ steht unter der Schirmherrschaft der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer (DUIHK) sowie der Deutschen Botschaft Budapest und wird in Kooperation mit den Partnerunternehmen Budapest Airport Zrt., innogy

Hungaria Kft., Mercedes-Benz Manufacturing Hungary Kft., PHOENIX Hungaria Holding Zrt., Porsche Hungaria Kereskedelmi Kft. und Siemens Zrt. durchgeführt.

Die Kooperationserklärung mit der Universität wurde von den VertreterInnen der sechs Partnerunternehmen

am 24. Januar 2017 in Anwesenheit von AUB-Rektor Prof. Dr. András Masát, Dr. Zoltán Maruzsa, Präsident des ungarischen Bildungsamts, Gabriel A. Brennauer, DUIHK-Geschäftsführer, und Kristina Steltzer, Leiterin der Wirtschaftsabteilung der Deutschen Botschaft Budapest, unterzeichnet.



V. l. n. r.: Gábor Tóth (Leiter HR Siemens Zrt.), Csaba Kiss, (Leiter HR Porsche Hungaria Kereskedelmi Kft.), Marie-Theres Thiell (CEO innogy Hungaria Kft.), Wolfgang Wallisch (CEO PHOENIX Hungaria Holding Zrt.), András Masát (Rektor der AUB), Jörg Dötsch (Beauftragter des Rektors für Wirtschaftskontakte), Jost Lammers (CEO Budapest Airport Zrt.), Gábor Kiss (Mercedes-Benz Manufacturing Hungary Kft.).

MitarbeiterInnen, Studierende, ehemalige KollegInnen und zahlreiche weitere Gäste verabschiedeten den langjährigen Rektor András Masát.



Amtsübergabe des Rektors der Andrassy Universität Budapest

Am 22. Februar 2017 verabschiedete sich die AUB von ihrem langjährigen Rektor Prof. Dr. András Masát und begrüßte seinen Nachfolger Prof. Dr. Dietmar Meyer im Amt.

In einem feierlichen Rahmen im Spiegelsaal der AUB würdigten MitarbeiterInnen, Studierende, ehemalige

KollegInnen und zahlreiche weitere Gäste das Lebenswerk von András Masát. Die Laudationen hielten Dr. Péter Mádl, Leiter des Lehrstuhls für skandinavische Sprachen und Literaturen an der Eötvös-Loránd-Universität Budapest („András Masát als Wissenschaftler“), Dr. Márton Méhes, freiberuflicher internationaler

Kulturmanager in Wien und ehemaliger stellvertretender Leiter des Collegium Hungaricum in Berlin („András Masát als Kulturdiplomata“), und Prof. Dr. Hendrik Hansen, Leiter des Lehrstuhls für Internationale und Europäische Politik und ehemaliger Prorektor der AUB („András Masát als Rektor der AUB“).



V. l. n. r.: Péter Mádl, Márton Méhes, Hendrik Hansen.

Hansen ehrte ihn als einen umsichtigen und dialogorientierten Rektor, der der Überzeugung sei, dass das Eigentliche, „dem die AUB dient, [...] der Dialog der mitteleuropäischen Kulturen [ist], der es erlaubt, das Eigene und das Gemeinsame und damit auch das Europäische besser zu verstehen“. Dank Rektor Masát sei die AUB heute noch stärker ein Ort der Begegnung und des Dialogs: Diese Idee habe er auf allen Ebenen gefördert, betonte Hansen.

Im Anschluss überreichten die Laudatoren als Überraschung und Abschiedsgeschenk die Festschrift „Brücken in Europa: Wie Wissenschaft und Kulturdiplomatie die Integration Ungarns in Europa fördern – Festschrift für András Masát“ mit gesammelten Beiträgen von WeggefährtInnen des ehemaligen Rektors.

Masát verabschiedete sich in seiner letzten Rede als Rektor der Universität, indem er sich für die Unterstützung der MitarbeiterInnen und Partner bedankte und den Weg der AUB in den vergangenen neun Jahren nachzeichnete. Dabei würdigte er die Erfolge der Universität in den Jahren seit ihrer Gründung 2001 als ein deutschsprachiges und (mittel-)europäisches Hochschulprojekt und hob seinerseits nochmal die Bedeutung der AUB für den Wissenstransfer und für die Kulturvermittlung in Europa und in der Donauregion hervor.

Anschließend wurde die Rektorenkette und damit das Amt des Rektors der AUB feierlich an Meyer übergeben. Durch die Zeremonie führten Prof. Dr. Andreas Oplatka, Vorsitzender des Ku-



Ellen Bos übergab die Amtskette an den neuen Rektor.



Andreas Oplatka (links) bei seiner Laudatio.



V. l. n. r.: Dietmar Meyer, János Áder, Zoltán Balog.

ratoriums der AUB, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Hommelhoff, Vorsitzender des Universitätsrats, und Prof. Dr. Ellen Bos, Alterspräsidentin des Senats der AUB. Hommelhoff und Oplatka würdigten ebenfalls in kurzen Laudationen den alten sowie den neuen Rektor, bevor Meyer in seiner Antrittsrede seine Vision für die AUB formulierte.

Am 20. März 2017 überreichte dann Staatspräsident János Áder im Sándor-Palais Meyer die Ernennungsurkunde und hieß den neuen Rektor so auch offiziell von Seiten des ungarischen Staates in seinem neuen Amt willkommen.

Foto: MTI / Tamás Kovács

Deutscher Kunstfonds in Ungarn spendet Kunstwerke an AUB

Am 1. März 2017 überreichte der Deutsche Kunstfonds der Universität fünf zeitgenössische Kunstwerke, die der Fonds mit Unterstützung der Unternehmen E.ON Hungária und B. Braun Medical auf dem Art Market Budapest 2016 erworben hatte.

Der 2016 gegründete Fonds steht unter der Schirmherrschaft der Deutschen Botschaft Budapest und geht auf eine Initiative der TrägerInnen von Art Market Budapest zurück.

Maria Altmann, Leiterin des Kulturreferats der Deutschen Botschaft in Budapest, betonte in ihrer Begrüßungsrede, dass die Initiative Werke junger zeitgenössischer deutscher Künstler der ungarischen und der internationalen Öffentlichkeit näherbringen wolle, um so zur Stärkung der deutsch-ungarischen Beziehungen – insbesondere auf kultureller Ebene – beizutragen.



Attila Ledényi stellte die Kunstwerke im Spiegelsaal der AUB vor.

Der Fonds bestimme die Kunstwerke nach einer Auswahl von KünstlerInnen auf dem jährlich stattfindenden Art Market Budapest, der zu den führenden internationalen Kunstmessen zähle und sich auch zu einer bedeutenden Bühne

für deutsche Kunst in Mittel- und Osteuropa entwickelt habe, so Attila Ledényi, Direktor des Art Market Budapest. Die Kunstwerke spende der Fonds dann an ungarische Institutionen. Die Empfängerinstitution werde dabei gemeinsam von den teilnehmenden Unternehmen und der Deutschen Botschaft Budapest ausgewählt. Eine Fortsetzung der Initiative sei an der Deutschen Schule Budapest sowie der Audi Hungaria Schule Győr geplant.

Der Deutsche Kunstfonds in Ungarn spendete der AUB folgende Kunstwerke:

Andreas BLANK: Stillleben 19, 2016 (vertreten durch Bernheimer Contemporary)

Ralph Ali ECKERT: Stille Silhouetten No. 1, 2015 (vertreten durch ARTCO)

Marion EICHMANN: Bücher, 2014 (vertreten durch Tammen & Partner)

Ruprecht von KAUFMANN: Das Gute in den kleinen Dingen No. 21 and 46, 2015 (vertreten durch Crone)

Andreas WENGEL: Kraft I, II, 2014 (vertreten durch WHITECONCEPTS)



VOKSKABIN: Was denken Sie über die Migration und die Flüchtlingskrise in Ungarn?

Nach der Wahlhilfe für das Superwahljahr 2014 und dem Vergleich der Standpunkte ungarischer Parteien zu den Themen „Männer und Frauen“ bzw. „Roma in Ungarn“ 2015 ging Vokskabin am 22. März 2017 mit Fragen zur „Migration und Flüchtlingskrise in Ungarn“ online.

Die ungarisch- und deutschsprachige Vokskabin ist eine interaktive Online-

Wahlhilfe, die den NutzerInnen nicht nur eine Übersicht über die Positionen ungarischer parlamentarischer Parteien zu (gesellschafts-)politischen Themen bietet, sondern aufzeigt, ob und wie die Meinung der NutzerInnen mit denen der Parteien übereinstimmen.

Anhand von Ja/Nein-Antworten zu u. a. folgenden Fragen vergleicht Vokskabin die persönlichen Standpunkte der NutzerInnen mit denen der Parteien:

„Sind Sie damit einverstanden, dass Flüchtlinge für ihre irreguläre Einreise nach Ungarn an den ungarischen Grenzsperrern strafrechtlich verfolgt werden können?“

„Soll die Integration von geflüchteten Frauen besonders unterstützt werden?“

„Soll Ungarn Asylsuchende im Sinne der Dublin III. Regelung z.B. aus Schweden und Österreich zurücknehmen?“



Eine gute Wahl

Vergleichen Sie Ihre persönliche Meinung mit den Positionen der Parteien zu Migration und Flüchtlinge in Ungarn.

Start »

Migration

Die ProjektkoordinatorInnen zu ihrem Projekt:

„Wir sind stolz, in Ungarn eine partei-unabhängige Online-Wahlhilfe etabliert zu haben, die nach den Fragenkatalogen in den vergangenen Jahren jetzt bereits zum fünften Mal online gehen kann. Bei Vokskabin geht es nicht um Wahlempfehlungen, sondern darum, auf politische Themen aufmerksam zu machen, Standpunkte zu vergleichen und zu überdenken. Wir

hoffen, dass die Seite auch weiterhin von NutzerInnen aller Altersklassen besucht wird und dass wir so zur politischen Bildung – diesmal in Bezug auf die Migration in Europa – beitragen können.“

Vokskabin ist eine gemeinsame Initiative der AUB und des Netzwerks Politische Kommunikation (netPOL). Das Partnerprojekt in Österreich, die politikkabine.at, wird seit 2006 erfolgreich betrieben. Ähnliche internet-

basierte Wahlhilfen gibt es u. a. auch in Deutschland (Wahl-o-mat) und in der Schweiz (Smartvote).



Auswärtiges Amt



Zweites EConet-Treffen in Krems

VertreterInnen der EConet-Kooperationspartner der Donau-Universität Krems, der AUB und des Instituts für Strategieberatung trafen sich am 23. März 2017 in Krems an der Donau.

Aufbauend auf dem im ersten Halbjahr gelegten Grundstein für die internationale Forschungs- und Lehrkooperation EConet stand der inter- und transdisziplinäre Doktorswerpunkt zur wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im ländlichen Raum und die Konzeptualisierung des Lehrveranstaltungsangebots für die bevorstehenden Studiensemester im Mittelpunkt der Gespräche. Die inhaltlichen Schwerpunkte des EConet-Ausbildungsplans wurden gemeinsam konkretisiert und die nächsten Schritte

für dessen Finalisierung vereinbart. Die TeilnehmerInnen sammelten erste Ideen für geplante Veranstaltungen ab dem Wintersemester 2017/2018 und diskutierten erste mögliche Publikationen und Projektideen im Rahmen der interuniversitären Zusammenarbeit.

Das internationale, interdisziplinäre und interuniversitäre Netzwerk EConet legt den Fokus auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung im ländlichen Raum mit besonderem Blick auf Mittel- und Osteuropa. Als Schwesterprojekt zum Netzwerk Politische Kommunikation (netPOL) verbindet es vor allem wirtschafts- und politikwissenschaftliche Ansätze mit dem Ziel, den Forschungsbereich zu regionalen Potenzialen und Herausforderungen zu stärken und auszubauen. Als Kernbe-

reich wird derzeit in Kooperation der AUB und der Donau-Universität Krems ein interdisziplinärer, forschungsorientierter Doktorswerpunkt im Rahmen der AUB-Doktorschule aufgebaut. Außerdem ist während der Projektlaufzeit (01.08.2016 bis 31.07.2019) die gemeinsame Organisation von Forschungsprojekten, Publikationen und Veranstaltungen durch die Netzwerkpartner geplant. EConet wurde vom Land Niederösterreich initiiert und wird von der Niederösterreichischen Forschungs- und Bildungsgesellschaft gefördert.

Im Gespräch mit AUB-Rektor Dietmar Meyer

*„Dinge zu hinterfragen und nichts als gegeben zu akzeptieren,
das ist das Wichtigste, das man an Universitäten lernt“*

Nach neun Jahren im Amt löste Prof. Dr. Meyer am 16. März 2017 seinen Vorgänger Prof. Dr. András Masát als Rektor der AUB ab. Der langjährige Professor und Lehrstuhlinhaber für Wirtschaftstheorie ist hingegen kein neues Gesicht an der Universität, gilt er doch als einer von drei Pionieren, die maßgeblich zum Entstehen der einzigen deutschsprachigen Universität außerhalb des deutschen Sprachraums beigetragen haben. Die Budapester Zeitung traf den neuen Rektor zwei Wochen nach seiner Amtseinführung und sprach mit ihm über seine neue Tätigkeit, die Ziele für die nächsten Jahre, die Bedeutung des Meinungs austauschs und die Position der AUB zur aktuellen Änderung des Hochschulgesetzes, welches Auswirkungen auf die Central European University haben könnte.

Seit dem 16. März sind Sie der offizielle Rektor der AUB und wurden vom Staatspräsidenten János Áder persönlich in Amt und Würden eingeführt. Der Universität sind Sie aber schon seit den Anfangsjahren als Professor für Wirtschaftswissenschaften treu. Welche ersten Eindrücke haben Sie nun von Ihrer neuen Tätigkeit als Rektor?

Das ist natürlich ein vollkommen anderes Tätigkeitsfeld, was mit mehr administrativen Aufgaben einhergeht, denn die Lehrtätigkeit und fachlichen Aufgaben treten ein wenig in den Hintergrund. Aber ich muss sagen, dass es gerade das reizvoll macht, denn es wird nicht langweilig, weil die administrativen Aufgaben sehr vielfältig sind. Es gibt viel zu erledigen, Termine einzuhalten, mit dem Kanzler arbeiten wir auch sehr eng in Sachen Universitätshaushalt zusammen. Vor der Zeit der Amtseinführung habe ich mir mithilfe des Kanzlers und der alten Universitätsleitung einen Überblick über die Finanzen machen können, im Groben bin ich also mit den Prozessen bereits vertraut. In diesem Bereich werde ich aber weiter sehr eng mit der Universitätsleitung zusammenarbeiten.

Sie als Ökonom haben aber sicherlich eine andere Herangehensweise an die Leitung einer Universität als Ihr Vorgänger Prof. Dr. Masát, der ja Sprach- und Kulturwissenschaftler war.

Nun ja, mein Forschungsschwerpunkt der Volkswissenschaft bezieht sich eher auf Theorien. Die Bereiche

Business & Management und Unternehmensfinanzierung wären für meine Tätigkeit wahrscheinlich nützlicher. Aber in dem Punkt haben Sie wahrscheinlich Recht, die Denkweise ist sicherlich eine andere.

Zum Beispiel ökonomisch zu wirtschaften?

Ja, Rationalität walten zu lassen, zu überlegen „Was bringt es?“ – denn der Ökonom denkt immer „Ich gebe etwas ab und bekomme dafür etwas“. Das ist also eine andere Herangehensweise an Dinge, als in der Kulturwissenschaft. Was aber nicht bedeutet, dass ein Kulturwissenschaftler kein guter Ökonom sein kann. Das schließt sich nicht aus.

Ich erwähnte eingangs, dass Sie schon seit Beginn an dabei sind an der Universität. Seit wann genau?

Seit 2002, damals gab es noch kein Gebäude. Es waren drei Personen, die in der oberen Etage des damaligen Bildungsministeriums die Uni erträumt haben. Wir haben uns einmal die Woche getroffen und uns überlegt, wie wir vorgehen sollen. Von den dreien sind zwei noch immer hier, einer davon bin ich.

Sie sind schon seit den 70er-Jahren in Ungarn und haben sich hier eine akademische und wissenschaftliche Karriere aufgebaut und an den wichtigsten Universitäten Ungarns gelehrt. Planen Sie Ihre Lehrtätigkeit nebenberuflich weiterzuführen?

Nein, ich habe jetzt meine Stelle als Rektor hier. Bis zum 1. Februar war ich

fest an der Technischen Universität beschäftigt, jetzt lehre ich dort noch ein einziges Fach, das gegenwärtig niemand anderes halten kann. Eine Zeitlang werde ich dieses Fach noch lehren, aber eine Zweitstelle, wie es oftmals üblich ist, habe ich nicht. Dies ist auch nicht geplant. Natürlich schließe ich nicht aus, nebenbei Vorträge zu halten oder an mehrtägigen Seminaren teilzunehmen. Eine feste Zweitstelle ist allerdings nicht geplant. Interesse hätte ich zwar schon noch an einigen Themen und Universitäten, aber die Zeit dafür reicht einfach nicht. Meine erste Lehrstuhlleiterstelle hatte ich an der Universität Győr, dort halte ich auf dem Weg zurück aus Wien noch immer ab und zu an und treffe mich mit alten KollegInnen.

Wenn Sie an Ihre eigene Alma-Mater, an die Corvinus Universität denken, was hat Sie dort geprägt und was wollen Sie den AUB-AbsolventInnen fürs Leben mitgeben?

Zum einen das Leben und Handeln in einer heterogenen und internationalen Gruppe. Sich darauf einstellen zu können, dass das Gegenüber anders denkt, als man selbst, und dass man die eigenen Argumente sachlich darlegen muss. Ich denke, diese Erfahrung der Interdisziplinarität ist etwas sehr Wichtiges für das weitere Leben der AbsolventInnen. Es passiert an der Uni hier häufig, dass ein bestimmtes Thema von verschiedenen ProfessorInnen auf unterschiedliche Weise behandelt wird. Im Idealfall stellen die Studierenden dadurch fest, dass man dasselbe Problem auf unterschiedliche Weise interpretieren kann. Die Diversität von Ansichten und Herangehensweisen an Probleme ist eine wichtige Lehre für das Leben. Dadurch bekommt man einen anderen Einblick in ein und dieselbe Problematik. Dinge zu hinterfragen, nichts als gegeben zu akzeptieren – das sind Dinge, die man an Universitäten lernt. Lehrstoff erlernen und reproduzieren, das ist nicht der Sinn der Sache. Sondern eigen-



ständiges, kritisches Denken fördern. Ich beginne meine Vorlesungen auch häufig mit dem Satz: „Ich lade Sie dazu ein, mit mir über dieses Problem nachzudenken.“ Und ich freue mich immer über Fragen zu einem bestimmten Fall.

Ihre erste offizielle Amtshandlung als neuer Rektor war ein Treffen mit der Universität Liechtenstein. Ist denn mit dem Land Liechtenstein eine längerfristige Kooperation geplant?

Wir wissen es noch nicht, da dies erst das erste Treffen zwischen den VertreterInnen der beiden Universitäten war. Aber Liechtenstein bietet sich für eine Kooperation an, da es ein deutschsprachiges Land ist und zu unserer Ausrichtung passen würde. Darüber hinaus hat die Universität Liechtenstein einige Studiengänge und Fächer, die für uns interessant sein könnten. Mit den Liechtensteiner KollegInnen haben wir jetzt zunächst geschaut, ob es passen könnte. Vorsichtig formuliert würde ich sagen: Eine Bereitschaft ist auf beiden Seiten da. Ob jetzt Liechtenstein später als vollwertiger Partner, ähnlich den deutschen Bundesländern Baden-

Württemberg und Bayern in Betracht kommt, darüber eine Aussage zu treffen, wäre jetzt noch zu früh.

Die AUB hat in den Jahren ihres Bestehens mehrfach mit finanziellen Schwierigkeiten kämpfen müssen. Denken Sie, dass diese nun überwunden sind?

Die finanzielle Absicherung der Universität ist viel besser als vor zwei Jahren. Es gibt die Absichtserklärung der Partnerländer, die Finanzierung für drei Jahre sicherzustellen und dann zu einer fünfjährigen Finanzierung überzugehen. Die Situation ist also definitiv besser als vor ein paar Jahren. Dass es immer mal wieder Ereignisse gibt, die dem entgegenwirken, das ist verständlich. Wenn im deutschen Bundestag der Haushalt verabschiedet wird, da zögert jeder Finanzminister zunächst bei der Vergabe von Bildungsgeldern, ähnlich sieht es in Österreich aus. Wir haben KollegInnen, die vor Ort den jeweiligen Ministern erklären, warum das Geld hier wirklich gebraucht wird. Auch wenn es einmal Pausen in der Finanzierung gibt, sehe ich trotzdem sehr optimistisch in die Zukunft.

Dass Sie ein Wirtschaftsexperte sind, das ist für eine Universität natürlich sehr vorteilhaft. Gibt es denn einen weiteren Bereich, bei dem Sie während Ihrer Amtszeit Ihre persönliche Note hinterlassen und Schwerpunkte setzen möchten?

Ja, ich würde sagen im Bereich der Kommunikation. In diesem Bereich versuche ich, wie Sie es sagten, meine persönliche Note einzubringen. Ich habe zum Beispiel seit Jahren die Angewohnheit, dass wenn ich mit jemandem sprechen möchte, denjenigen nicht zu mir ins Büro bitte, sondern in sein Büro gehe. Das hat mehrere Vorteile. Einer davon ist, dass ich in dem anderen Büro aufstehen kann, wann ich will. Der andere ist, dass man die KollegInnen in der für sie gewohnten Atmosphäre antrifft, was häufig dazu führt, dass sie freier sprechen. Die Kommunikation halte ich für sehr wichtig. Ich weiß zwar nicht, wer mir das einmal gesagt hat, aber dieser Satz hat mich sehr geprägt: „Wenn man mit jemandem gesprochen hat, beginnt das zweite Gespräch nicht dort, wo das Erste anfang.“ Das zweite fängt irgendwo eine Stufe höher an, egal ob es sich um ein positives oder negati-

ves Gespräch handelt. Man hatte den Erstkontakt und kann von dort aus weitergehen. Deswegen halte ich die Kommunikation für sehr wichtig, sowohl nach innen als auch nach außen. Ich plane, die KollegInnen aus allen Bereichen, auch aus der Verwaltung, in die Entscheidungen miteinzubeziehen. Noch bevor ich das Amt übernommen habe, habe ich mit Einverständnis der alten Universitätsleitung, die KollegInnen aus der Verwaltung und aus dem wissenschaftlichen Bereich, die mindestens seit zehn Jahren hier arbeiten, zu getrennten Gesprächen gebeten und sie gefragt, was ihre Meinung zu einigen Problemen der Universität ist. Demnächst wird es eine Fortsetzung dieser Gespräche geben, noch gegen Ende dieses Semesters wird eine Vollversammlung stattfinden, bei der wir das Programm für die nächsten zweieinhalb Jahre gemeinsam mit allen MitarbeiterInnen planen wollen. Als MitarbeiterInnen verstehe ich schließlich solche Personen, die mit mir zusammen arbeiten.

Welche Erwartungen haben Sie an Ihre MitarbeiterInnen?

Meine Erwartung an meine MitarbeiterInnen ist, mitzudenken und die eigene Meinung zu sagen. Vor allem auch dann, wenn sie nicht mit meiner übereinstimmt. Dadurch werde ich gezwungen, meine eigene nochmal zu überdenken. Genauso soll auch der andere seine Meinung hinterfragen, wenn sie nicht mit meiner übereinstimmt. Am Ende wird sich dann vielleicht herausstellen, dass wir zwar keinen gemeinsamen Standpunkt haben, aber dann wird einer entscheiden müssen – oder man findet einen Kompromiss.

Haben Sie bei ungarischen und ausländischen MitarbeiterInnen Unterschiede bemerkt, was den Austausch von Meinungen angeht?

Ja, ich würde schon sagen, dass es Diskussionsunterschiede gibt. Aber das ist nicht nur bei den MitarbeiterInnen so, das finden sie auch in den Lehrveranstaltungen. Ich habe bislang hauptsächlich an ungarischen Universitäten gearbeitet und dort be-

obachtet, dass die ungarischen TeilnehmerInnen dazu sozialisiert wurden, den Lehrstoff zu erlernen und wiederzugeben. Und wenn meine Lieblingsfrage „Warum“ ertönt, dann fallen viele Ungarn aus allen Wolken. Bei TeilnehmerInnen aus Deutschland oder anderen Ländern, kommt auch mal die Frage, warum etwas so ist, wie es ist. Oder der Einwand, dass sie etwas anders sehen. Solche Unterschiede merkt man natürlich auch bei den MitarbeiterInnen. Obwohl ich sagen muss, dass die Lerneffekte sehr gut sind. Viele lernen hier, was es bedeutet, etwas zu hinterfragen und die eigene Meinung frei zu äußern.

Die Universität hat kürzlich einen neuen Studiengang eingeführt, Management and Leadership. Gehört es zu Ihren Zielen, stärker als bislang mit ausländischen, vor allem deutschsprachigen Unternehmen vor Ort zu kooperieren?

Wir haben einerseits einen Vertrag abgeschlossen über Stipendienmöglichkeiten für weibliche Nachwuchsführungskräfte, dort sind jetzt sechs Unternehmen miteingebunden. Mit den KollegInnen, die an dem Programm arbeiten, sind wir so verblieben, dass wir jetzt erstmal das Projekt stabilisieren und den neuen Studiengang ein Jahr lang laufen lassen und anschließend eine Evaluation durchführen. Beide Seiten, das heißt die Unternehmen und die Universität wägen dann ab, was gut lief und wo noch Verbesserungsbedarf besteht. Und nachdem das stattgefunden hat, kann langsam darüber nachgedacht werden, den Kreis der Unternehmen zu vergrößern. Aber natürlich ist es so, dass wir mit den Unternehmen und Partnern aus deutschsprachigen Ländern den Kontakt suchen und intensivieren möchten. Genauso wichtig ist uns der Kontakt zu den Industrie- und Handelskammern. Dort sammeln sich natürlich die Informationen, die für uns wichtig sind. Zum Beispiel, welchen Ruf unsere AbsolventInnen genießen und ob sie wirklich die Ausbildung erhalten, die für die Unternehmen relevant sind. Und dann ist da der Aspekt der Finanzierung, denn wenn Unternehmen ein Stipendium anbieten, ist das eine

große Unterstützung und auch eine Motivation für die AbsolventInnen, im Anschluss an das Studium sich bei dem Unternehmen zu bewerben.

Was glauben Sie könnte für ausländische Studierende, die einen Studiengang der AUB absolviert haben, angesichts der ungarischen Löhne trotzdem ein Anreiz sein, in Ungarn zu bleiben und hier zu arbeiten?

Das mit den Löhnen kommt natürlich darauf an, in welchem Bereich man arbeitet. Schließlich gibt es auch solche Firmen in Ungarn, die nicht die typischen Löhne bezahlen und in denen man solche Löhne beziehen kann, die deutschen nicht unähnlich sind. Zum Beispiel in der Banksphäre oder bei den großen Multis. Wenn jemand hier bleiben möchte, dann würde ich ihm dazu raten, zu internationalen Unternehmen oder Organisationen zu gehen. Denn meiner Meinung nach werden dort die Fähigkeiten gesucht, die hier vermittelt werden und dort am besten zur Geltung kommen. Zum Beispiel die Mehrsprachigkeit und die Diversität von Meinungen. Man kann außerdem beobachten, dass ein gewisser Anteil an ausländischen AbsolventInnen hier im Land oder in der mittelosteuropäischen Region bleibt.

A propos AbsolventInnen der Universität. Einige Jahre bevor mir die Ehre zuteil wurde, Sie heute hier zu interviewen, saß ich selbst als Studentin in Ihren Vorlesungen. Damals, im Wintersemester 2008/09, haben Sie Mikro- und Makroökonomie vor dem Hintergrund der Finanzkrise gelehrt. Was hat sich seitdem auf dem europäischen Finanzmarkt verändert?

Sagen wir mal so, was sich verändert hat und sich noch verändert, das ist eine andere Herangehensweise an derartige Krisen. Es ist vollkommen natürlich, dass in wissenschaftlichen Bereichen bestimmte Schulen existieren, von denen immer eine die führende Rolle spielt. Dass sich nach der Finanzkrise jetzt ein langsamer Wechsel von Schulen vollzieht, das war zu erwarten. Die Schule, die hundertprozentig auf einen freien Markt gesetzt hat, hat sich als nicht erfolgreich erwiesen. Jetzt kommt wieder-

um die Schule, die das alles in Frage stellt. Es werden aber auch immer mehr Forderungen laut, dass man versuchen soll, die alten Theorien der Volkswirtschaftslehre zu überdenken. Zum Beispiel die Frage, welche Rolle die Psychologie bei derartigen Prozessen spielt, das gab es bislang nicht. Es wurde angenommen, dass der volkswirtschaftliche Akteur gefühllos und völlig rational Entscheidungen trifft. Ich bin der Meinung, dass die Frage nach Gefühlen, Vorstellungen und Werturteilen, die bislang weitgehend ausgeklammert wurde, durchaus eine Bedeutung hat. Und in diesem Bereich ist die größte Veränderung zu sehen. Was die Krise selbst angeht, so glaube ich, dass die entscheidenden Probleme noch bei weitem nicht gelöst wurden. Die Finanzkrise hat sich zu einer Krise Europas entwickelt, Stichwort Griechenland, Europa der zwei Geschwindigkeiten, Brexit und vieles mehr.

Wo sehen Sie als neuer Rektor die AUB in fünf Jahren? Was möchten Sie gerne erreichen?

Das erste ist die finanzielle und institutionelle Absicherung für die Zukunft, das zweite ist, die Studierendenzahlen nicht nur zu halten, sondern zu erhöhen, und das dritte ist, die Universität in die ungarische und europäische Hochschullandschaft zu integrieren. Das heißt, ich stelle mir eine Universität vor, die mehr Studierende hat als heute, die sich bestimmte Dinge leisten kann, deren Lehrende bei anderen Universitäten Ungarns gern gesehene Vortragende sind. Eine Universität, zu der ausländische KollegInnen gerne zu Konferenzen kommen. Außerdem ist mir ein stärkerer wissenschaftlicher Austausch wichtig, auch von Lehrkräften. Insgesamt eine Vernetzung mit der Hochschullandschaft Ungarns, aber auch der des Auslands. Zum Beispiel zur Universität Liechtenstein. Wir waren mit zwei Kollegen Anfang März aber auch in Kairo und haben dort über eine Kooperation mit den ägyptischen KollegInnen nachgedacht. Es gibt ja in sehr vielen Ländern deutsche Fakultäten und viele Möglichkeiten der Kooperation.

Sie erwähnten, dass Sie sich mehr Studierende wünschen. Bieten die jetzigen Räumlichkeiten denn genügend Platz für eine Erhöhung der Studierendenzahl?

Das ist natürlich nicht einfach. Wenn wir dieses Gebäude behalten, dann können wir unter Ausschöpfung aller Ressourcen nicht mehr als 280 Studierende ideal versorgen. Gegenwärtig haben wir mit Erasmus-Studenten 250 Studierende an der Universität. Unsere Partner wären natürlich glücklich, wenn wir die Zahl 300 erreichen würden. Um das zu bewerkstelligen, müssen wir die Räumlichkeiten erweitern, aber das ist noch Zukunftsmusik. Die eine Möglichkeit wäre natürlich, ein neues Gebäude zu erwerben oder ein zusätzliches anzubauen. Um mehr Studierende anzusprechen, werden sich die geplanten Werbemaßnahmen zunächst bewähren müssen.

Welche Kommunikationsstrategie hat die Universität entwickelt, um die Sichtbarkeit nach außen zu erhöhen und dadurch auch mehr potentielle Studierende anzusprechen?

Die Strategie hat sich ein wenig verändert, denn seit letztem Jahr gibt es Doppel-Master mit den Universitäten Passau und Leipzig. Die TeilnehmerInnen, die im Rahmen dieser Doppel-Master unterrichten, sind im Prinzip BotschafterInnen der Universität. Wenn man etwa in Passau oder in Leipzig einen Vortrag hält und dann gefragt wird, was die AUB eigentlich ist, dann ist die Werbung eine andere, als wenn wir nur Flyer auslegen würden. Zum anderen sprechen die TeilnehmerInnen dieses Doppel-Masters mit ihren KommilitonInnen, auch sie sind also BotschafterInnen der Universität. Zufriedene Studierende und AbsolventenInnen sind also wichtige Mittler und transportieren unsere Botschaft in die Welt.

Unsere zweite Ausrichtung und unser weiteres Kommunikationsziel ist es, in den Ländern des Westbalkans stärker präsent zu sein. Wir haben schon jetzt einige Studierende aus dieser Region, die sehr gute Deutschkenntnisse haben. Für den Frühling planen wir eine Rundreise durch die Länder Mazedonien, Albanien, Montenegro,

Bosnien-Herzegowina und Kroatien. Dort haben wir schon gute persönliche Beziehungen, auch zu Institutionen. Im Rahmen von Vorträgen wollen wir die AUB bekannter machen und wenn aus jedem Land eines Tages nur je zwei Studierende zu uns kommen, dann ist das schon ein Erfolg.

Ist für die Sichtbarkeit der Universität und ihrer Aktivitäten die Kooperation mit Medien, in diesem Fall besonders der Budapester Zeitung wichtig?

Ja, ich denke das ist sehr wichtig, denn die Medien sind letztendlich diejenigen, die die Informationen weitertragen. Wenn die Budapester Zeitung auf den Schreibtischen von allen LeiterInnen der deutschsprachigen Institutionen liegt, ist das natürlich ein wichtiger Multiplikator von Informationen. Wenn wir dann idealerweise mit unseren Veranstaltungen Erwähnung finden, dann ist das für uns eine wichtige Werbung. Dann überlegt sich vielleicht jemand, der uns noch nicht kannte, selbst einmal an unseren Veranstaltungen teilzunehmen. Insgesamt denke ich, dass die Zusammenarbeit mit den Medien und speziell der Budapester Zeitung durchaus noch vertieft werden kann.

Meine abschließende Frage bezieht sich auf die Ereignisse rund um das neue Hochschulgesetz, wovon die Central European University besonders betroffen wäre. Wie stehen Sie als Rektor einer Partnerinstitution der CEU dazu? Und haben Sie Angst, dass die AUB in Zukunft auch bedroht sein könnte von Gesetzesänderungen?

Ich möchte hier betonen, dass die CEU eine sehr gute Universität ist, die sehr wichtig ist für die ungarische Hochschullandschaft und die ungarische Forschung. Wir haben eine sehr enge Zusammenarbeit mit der Universität und wären sehr betroffen, wenn das nicht weitergeführt werden könnte. Ich bin der Meinung, dass beide Seiten, die gegenwärtig in der Diskussion sind, nach einem Kompromiss streben sollten. Ich halte es für wichtig, dass hier vor allem ein tragbarer Kompromiss gefunden wird. Ich kann an dieser Stelle, im Namen aller KollegInnen sagen, dass wir sämtliche Maßnahmen von Universitäten oder der Regierung un-

terstützen, die die Qualität von Lehre und Forschung verbessern. Das, was in dem Antrag gefordert wird, trifft aber auch andere Universitäten und Bildungseinrichtungen. Was die AUB betrifft, so habe ich mit unseren Jurist-

Innen gesprochen und sie haben uns bestätigt, dass wir das, was in dem neuen Gesetz gefordert wird, seit Jahren erfüllen. Unsere Universität ist mit allen Studiengängen, einschließlich der Doktorschule, akkreditiert. Außerdem

ist die AUB eine Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union, womit sie in vollem Umfang gesichert ist.

Doris Evelyn Zakel

Das Interview erschien in der Budapester Zeitung (Nr. 14/2017, S. 21–25)

AUB als „Verlässlicher Arbeitgeber 2017–18“ ausgezeichnet

Im Rahmen ihrer jährlichen Mitgliederversammlung hat die Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer (DUIHK) am 4. Mai 2017 den Titel „Verlässlicher Arbeitgeber“ an 23 Unternehmen in Ungarn verliehen.

„Fachkräftesicherung“ ist 2017 das Jahresthema der DUIHK. In diesem Zusammenhang hatte die DUIHK unter ihren rund 900 Mitgliedern zur Bewerbung um den Titel „Verlässlicher Arbeitgeber 2017/18“ aufgeru-

fen. In der ersten Runde wurde nun an 23 Arbeitgeber der Titel verliehen: Die AUB ist unter diesen die einzige Hochschuleinrichtung und gemeinnützige Organisation. Die Urkunden wurden von dem Wirtschaftsminister Mihály Varga und dem Sprecher der Jury, Tamás Steványik, Personaldirektor der Elmű Nyrt., überreicht.

Die Unternehmen und Institutionen mussten im Rahmen der Bewerbung in sieben Themenbereichen ihre betriebliche Praxis darlegen (Vergütung, Sozialleistungen, Gesundheit und Ar-

beitsbedingungen, Aus- und Weiterbildung, Entwicklungsmöglichkeiten, Informationspolitik, Integration neuer MitarbeiterInnen). Zusätzlich mussten die Unternehmen und Institutionen eine ausgewählte Maßnahme beschreiben, die die jeweilige Einrichtung aus ihrer Sicht zu einem verlässlichen Arbeitgeber macht. Die eingegangenen Bewerbungen wurden durch eine fünfköpfige Jury bewertet.

Der Titel wurde der AUB entsprechend der Ausschreibung für 2017/18 verliehen.



Delegation der baden-württembergischen CDU-Landtagsfraktion zu Gast an der AUB



Die VertreterInnen des baden-württembergischen Landtags besuchten die Universität am 23. Mai 2017 im Rahmen einer Informationsreise des CDU-Arbeitskreises „Wirtschaft und Wissenschaft“ nach Budapest. Universitätsleitung und Studierende der AUB diskutierten mit den VertreterInnen bei dieser Gelegenheit über die Zukunft der Universität und die derzeitigen Herausforderungen in Ungarn und Europa.

Bundesverdienstkreuz für Péter Balázs



In Anerkennung seiner langjährigen Verdienste um die deutsch-ungarischen Beziehungen und Europa hat der Bundespräsident Péter Balázs das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Geschäftsträgerin Lieselore Cyrus überreichte die Auszeichnung am 24. Mai 2017 in der Deutschen Botschaft in Budapest.

Peter Balázs, der die ungarische Europa- und Außenpolitik maßgeblich geprägt hat, engagiert sich seit 20 Jahren in unterschiedlichen Funktionen für die deutsch-ungarischen Beziehungen. 1997 wurde er Ungarns Botschafter in Deutschland, damals noch in Bonn. Später als Staatssekretär im Außenministerium und Botschafter Ungarns bei der Europäischen Union, setzte sich Balázs stark für die EU-Mitgliedschaft Ungarns ein. Nach dem Beitritt wurde er erster ungarischer EU-Kommissar in Brüssel. Schließlich widmete er sich auch der Wissenschaft in Ungarn. Er machte sich für Universitäten als Orte akademischer Freiheit und internationalen Dialogs stark, zunächst als Vorsitzender des Kuratoriums der AUB und seit 2005 auch als Professor an der Central European University.

Als Ko-Vorsitzender des Deutsch-Ungarischen Forums setzt er sich seit 2005 für den vertrauensvollen Dialog zwischen Deutschland und Ungarn ein und sichert die überparteiliche Ausrichtung des Formats. Die Ausübung dieser Tätigkeit unterbrach er vorübergehend, als er 2009 zum Außenminister der Republik Ungarn berufen wurde.

Lieselore Cyrus betonte in ihrer Ansprache, dass sich Balázs in Ausübung seiner verschiedenen hochrangigen Ämter „als überzeugter Europäer um die Integration seines Landes in die europäischen Strukturen verdient gemacht hat“. Er habe dabei stets eine enge Zusammenarbeit mit Deutschland gepflegt und auch die deutsche Sprache als Arbeitssprache in Brüssel gestärkt.

Deutsche Botschaft Budapest

In Memoriam György Hazai (1932–2016)



Am 25. Mai 2017 würdigten ehemalige KollegInnen und WegfährInnen das Lebenswerk des ungarischen Turkologen und Gründungsrektors der AUB (2002–2003) György Hazai im Rahmen einer Gedenkveranstaltung an der AUB. Im Anschluss wurde eine Gedenktafel am ehemaligen Wohnhaus des Gründungsrektors enthüllt.

Auf dem Foto: Die AUB wurde am 29. November 2002 eingeweiht.

Bundespräsident Johannes Rau (l.) besuchte zu diesem Anlass Budapest und nahm an der feierlichen Eröffnung der AUB teil. Hier zu sehen auf dem Weg zum Festakt mit dem Staatspräsidenten der Republik Ungarn Ferenc Mádl (r.) und György Hazai (2.v.l.). Hazai wurde von der öffentlichen Stiftung für die Deutschsprachige Universität, dem Trägerorgan der Universität, zum ersten bzw. „Gründungs“-Rektor ernannt.

Neue Kooperationen

Kooperation mit der Universität Liechtenstein

AUB-Rektor Dietmar Meyer und der Rektor der Universität Liechtenstein Jürgen Brücker beschlossen bei einem Besuch einer liechtensteinischen Delegation am 17. März 2017 eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen den beiden Universitäten.

Erste Maßnahme der zukünftigen Kooperation ist eine Erasmus-Kooperationsvereinbarung.

Kooperation mit der Technischen Hochschule Deggendorf

AUB-Rektor Dietmar Meyer und Peter Sperber, Präsident der Technischen Hochschule Deggendorf, haben am 11. Mai 2017 in Deggendorf eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet.

Die Vereinbarung ermöglicht den Austausch von Studierenden, bietet AbsolventInnen bzw. MitarbeiterInnen

Zugang zu weiterführenden Studienprogrammen und vertieft die Zusammenarbeit in Forschung und Lehre zwischen den beiden Institutionen. Gleichzeitig wurde auch eine Erasmus-Kooperationsvereinbarung unterzeichnet.

AUB stärkt Beziehungen zu Universitäten in Albanien und Mazedonien

Zwischen dem 18. und 21. Mai 2017 besuchte AUB-Rektor Dietmar Meyer zusammen mit MitarbeiterInnen sowie in Begleitung eines albanischen Andrássy-Studenten in Mazedonien und Albanien die South East European University in Tetovo und Skopje, die Ss. Cyril and Methodius University in Skopje, die Tetova State University sowie die University of Tirana. Ziel der Reise war die Vertiefung bestehender Kooperationen und die Vernetzung mit potenziellen neuen Partnerhochschulen in der Balkanregion, um das Angebot und die Möglichkeit für den Austausch von Studierenden und Lehrenden zu verbessern.

Neuerscheinungen im Sommersemester 2017

„Die EU-Strategie für den Donauraum auf dem Prüfstand – Erfahrungen und Perspektiven.“

Herausgegeben von Ellen Bos, Christina Griessler, Christopher Walsch (Nomos 2017)

Die EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR) wurde im Juni 2011 als zweite makroregionale Strategie der Europäischen Union verabschiedet. Der Sam-

melband verfolgt das Ziel, nach den ersten Jahren der Umsetzung die Erfahrungen und erreichten Ziele, ebenso wie bestehende Defizite auf den Prüfstand zu stellen und Zukunftsperspektiven zu diskutieren. Im ersten Teil stehen zum einen die Entstehung, Zielsetzung und Governance makroregionaler Strategien im Mittelpunkt. Zum anderen geht es um den Mehrwert der Strategien

gegenüber anderen Formen regionaler Kooperation. Dies wird insbesondere für die Staaten Mitteleuropas und des Westbalkans untersucht. Im zweiten Teil des Bandes wird ein Vergleich mit der Europäischen Strategie für den Ostseeraum vorgenommen und ein Ausblick auf geplante neue makroregionale EU-Strategien gegeben. Außerdem wird untersucht, inwieweit die EUSDR zur

Verstärkung transnationaler Kooperation beiträgt. Der dritte Teil des Bandes widmet sich dem Einfluss der EUSDR auf die Wettbewerbsfähigkeit der Donauregion. Die Beiträge befassen sich sowohl mit den Gemeinsamkeiten und Unterschieden in der regionalen Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Staaten des Donaumaums als auch mit der Bedeutung des Zusammenhangs zwischen Wissen und Wettbewerb für die Erhöhung des Wohlstands in der Donauregion.

Das Werk ist Teil der Reihe *Andrássy Studien zur Europaforschung*, Band 18.

„Brücken für Europa – Wie Wissenschaft und Kulturdiplomatie die Integration Ungarns in Europa fördern. Festschrift für András Masát.“

Herausgegeben von Hendrik Hansen, Péter Mádl und Márton Méhes (Nomos 2017)

Der europäische Einigungsprozess ist nicht nur ein wirtschaftliches Projekt, sondern hat eine bedeutende kulturelle Dimension: Die Integration kann nur gelingen, wenn die BürgerInnen Europas ihre verschiedenen Kulturen besser kennen und verstehen. Das gilt in besonderer Weise im Verhältnis zu den Menschen, die bis 1989/90 hinter dem Eisernen Vorhang lebten. András Masát hat die Idee des geistigen und kulturellen Austauschs in Europa wie nur wenige andere Persönlichkeiten Ungarns bewegt: als Wissenschaftler in der Skandinavistik und Germanistik, als Leiter des Collegium Hungaricum in Berlin und als Rektor der AUB.

Die Festschrift versammelt Beiträge von KollegInnen, die WeggefährtInnen von András Masát waren.

Das Werk ist Teil der Reihe *Andrássy Studien zur Europaforschung*, Band 19.

„Macht – Medien – Mitteleuropa.“

Herausgegeben von Tímea Djerdj, Fabienne Gouverneur, Patrick Jajko und Tim Kraski (new academic press 2017)

Mehr als ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall brennt in den postsozialistischen Staaten Mitteleuropas nach wie vor die Frage, wie Macht gerecht und demokratisch ausgeübt

werden kann – vielleicht mehr denn je. Dabei spielen Medien zweifelsohne eine vielschichtige Rolle, sei es bei der Entstehung und Festigung oder der Beschränkung und dem Abbau von Demokratie. Der vorliegende Band gibt Einblicke in Konfliktzonen und Bruchstellen ostmitteleuropäischer Transformationen.

Ausgehend von der im September 2013 an der AUB veranstalteten Konferenz „Macht. Medien. Mitteleuropa.“ entstand dieser Sammelband. WissenschaftlerInnen aus dem gesamten mitteleuropäischen Raum präsentieren hier Fragen und Forschungsergebnisse verschiedener Disziplinen zu Konstellationen von Macht und Medien in Mitteleuropa.

Die HerausgeberInnen promovieren an der interdisziplinären Doktorschool der AUB. Die Doktorschool vereint historisch-kulturwissenschaftliche, politikwissenschaftliche, ökonomische wie juristische Forschungsarbeiten zu Themen, die die Region Mitteleuropa und ihre Rolle in der EU und Europa betreffen.

Das Werk ist Teil der Reihe „Mittel-europäische Geschichte und Kultur. Studienreihe“, Band 2.

„Brüche – Kontinuitäten – Konstruktionen: Mitteleuropa im 20. Jahrhundert.“

Herausgegeben von Réka Szentiványi und Béla Teleky (new academic press 2017)

Der mitteleuropäische Raum des 20. Jahrhunderts war wie kaum eine andere Region Europas durch tiefgreifende Umbrüche und Umwandlungen geprägt, die heute wiederum den Nährboden für einen lebendigen Diskurs über die Bruchlinien und Kontinuitäten der mitteleuropäischen Geschichte bieten.

Die bewusste Festlegung von Zäsuren oder bestimmten historischen Ereignissen als „erinnerungswürdig“ zeigt das historische Orientierungsbewusstsein von Gesellschaften auf und dient als Ausgangspunkt kollektiver Narrative und Identitäten. Gleichzeitig müssen aber auch die Zwischenräume, Kontinuitäten und Entwicklungsprozesse hinter den „(Um-)Brüchen“ in den Fokus genommen werden, um tatsächliche und konstruierte Zäsuren zu hinterfragen und deren Auswirkungen

auf die mitteleuropäischen Gesellschaften zu analysieren. Daraus ergeben sich nicht nur spannende Forschungsperspektiven – die Idee der „Bruchlinie“ wird ebenfalls infrage gestellt und/oder um neue Facetten erweitert.

Der vorliegende Sammelband leistet einen Beitrag zu dieser Auseinandersetzung. Die darin enthaltenen Aufsätze geben einen Einblick in die vielfältige Auseinandersetzung mit und die unterschiedlichen Annäherungen an Bruchlinien und Kontinuitäten des mitteleuropäischen Raumes im 20. Jahrhundert. Sie machen deutlich, dass die Definition eines „Bruchs“ oder einer „Kontinuität“ nicht nur eine Frage von faktischen Ereignissen ist, sondern auch eine der fachlichen Perspektive und der Konstruktion. Das Themenspektrum reicht dabei von kultur- und geisteswissenschaftlichen bis hin zu sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzungen, von kunsthistorischen, religions- und geschichtswissenschaftlichen Analysen bis hin zu ethnologischen, philosophischen und politikwissenschaftlichen Untersuchungen.

„The Migrant Crisis: European Perspectives and National Discourses.“

Edited by Melani Barlai, Birte Fähnrich, Christina Griessler, Markus Rhomborg (LIT Verlag 2017)

For a long time migration to Europe has been a subordinate issue on the public agenda. But with the recent wave of refugees from Arab and African countries, the question of how the EU, national governments and societies are able to cope with the arrival of millions of migrants, has become a core theme of public discourse. This volume displays the debates for the countries which are on the migration routes or which are among the most desired targets, hence are the most affected. The book thus attempts to give a broader – European – perspective on the migrant crisis and its public repercussions.

With a contribution from Donald Pasha und Sebastian Niemetz, International Relations students at Andrássy University Budapest („Albania, Refugees and the European Union“).

Series: *Studies in Political Communication* (Vol. 13).

Gastbeitrag

Illiberale Reformen? Ungarns Regierung in der internationalen Kritik

*Gastbeitrag zur politischen Situation in Ungarn von Prof. Dr. Ellen Bos,
Prorektorin für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs, Leiterin der Doktorschule,
Leiterin des Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft
mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa in der EU*

Seit April 2017 steht die ungarische Regierung erneut unter heftiger Kritik. Anlass dafür sind mehrere Gesetze, die nicht nur in Ungarn große Demonstrationen ausgelöst haben, sondern auch international auf scharfe Kritik gestoßen sind. Konkret geht es um die Novelle des ungarischen Hochschulgesetzes, um das Gesetz über vom Ausland unterstützte Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und um eine Neuregelung der Plakatwerbung von Parteien. Die von der ungarischen Regierung im Frühjahr 2017 unter dem Motto „Stoppt Brüssel“ durchgeführte „Nationale Konsultation“ mit suggestiv formulierten EU-kritischen Fragen und eine explizit gegen den aus Ungarn stammenden Finanzinvestor George Soros gerichtete Plakatkampagne der Regierung haben die internationale Kritik noch verstärkt.

Die Novelle des ungarischen Hochschulgesetzes, die am 4. April 2017 im Schnellverfahren vom Parlament verabschiedet wurde, führt zu einer Verschärfung der Zulassungsbedingungen für ausländische Universitäten aus Nicht-EWR-Staaten. Wollen diese in Zukunft in Ungarn ausländische Diplome vergeben, muss zum einen ein Vertrag zwischen Ungarn und dem Herkunftsstaat der ausländischen Universität abgeschlossen werden, zum anderen muss die ausländische Universität auch in ihrem Herkunftsstaat eine Hochschule bzw. einen Standort betreiben. Beide Bedingungen sind bereits zum 1. Januar 2018 verpflichtend. Von dieser Verschärfung ist insbesondere die Central European University (CEU) betroffen, die die neu eingeführten Voraussetzungen zurzeit nicht erfüllt und die notwendigen Veränderungen bis zum Januar 2018 auch nicht realisieren kann. Die CEU könnte damit das Recht verlieren, an die nach dem 1. Januar 2018 aufgenommenen Studierenden auch US-Diplome zu vergeben. Die ungarische Regierung rechtfertigt die Neuregelung damit, dass dadurch ein unfairer Wettbewerbs-

vorteil ausländischer Universitäten gegenüber den ungarischen beseitigt würde.

Neues NGO-Gesetz

Das Gesetz über die „Transparenz der aus dem Ausland unterstützten NGOs“, das am 13. Juni 2017 vom Parlament verabschiedet wurde, wird von der Regierung damit begründet, dass es sich gegen Geldwäscherei und die Förderung von Terrorismus richte. Das Gesetz schreibt vor, dass NGOs, die im Jahr mehr als 7,2 Millionen Forint (ca. 23.500 EUR) von ausländischen Förderern erhalten, sich gerichtlich registrieren lassen und ihre Geldgeber ab einer Einzelzuwendung in Höhe von 500.000 Forint (ca. 1.650 EUR) namentlich angeben müssen. Außerdem sind sie verpflichtet, sich auf ihrer Internetseite und in allen Publikationen als „aus dem Ausland unterstützte Organisation“ zu deklarieren. Zuwiderhandlungen können mit Strafzahlungen belegt werden. Nicht unter diese gesetzlichen Regelungen fallen Zivilorganisationen des Sports und der nationalen Minderheiten

sowie Organisationen mit religiösem Charakter. Auch werden Parteien, Gewerkschaften, politische Stiftungen und Stiftungen des öffentlichen Rechts nicht zu den Zivilorganisationen gezählt. Zuwendungen der Europäischen Union werden nicht als ausländische Mittel gewertet, wenn das Geld über ungarische Stellen an die Zivilorganisation ausgezahlt wird.

Modifiziertes Plakatgesetz

Die Neuregelung zur Plakatwerbung von Parteien wurde, nachdem ein erster Gesetzentwurf über das Verbot politischer Werbung außerhalb der Wahlkampfzeit an der notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit gescheitert war, in das Gesetz zum „Schutz des Siedlungsbildes“ integriert. Die modifizierte Neuregelung, die am 23. Juni 2017 vom Parlament verabschiedet wurde, legt fest, dass Plakatwerbung von Parteien und öffentlichen Einrichtungen nur bei Bezahlung der geltenden Listenpreise für die gemieteten Plakatflächen erlaubt ist. Das Unterschreiten der Listenpreise ist nur nach einer öffentlichen Ausschreibung möglich. Die für die Werbung abgeschlossenen Verträge müssen zudem umgehend den zuständigen Behörden vorgelegt werden. Bei Nichteinhaltung dieser Regelung können diese die Entfernung der Plakate innerhalb von zwei Tagen anordnen. Zivilorganisationen sind von dem Gesetz nicht betroffen. Begründet wird dieses Gesetz damit, dass auf diese Weise eine verdeckte Parteienfinanzierung verhindert werde.

Fragwürdige Neuregelungen

Die von der ungarischen Regierung zur Begründung der Neuregelungen angeführten Zielsetzungen – Sicherstellung von fairen Wettbewerbsbedingungen und Qualitätssicherung im Hochschulsystem, Verhinderung von Geldwäsche und Finanzierung von Terrorismus sowie von versteckter Parteienfinanzierung – sind zweifellos legitim und mit demokratischen Grundprinzipien vereinbar. Allerdings ist bei allen drei Gesetzen eine darüber hinausgehende politische Intention nicht von der Hand zu weisen. So sind sie gegen einzelne Personen – insbesondere gegen George Soros – gerichtet und durch konkrete Fälle veranlasst. George Soros unterstützt mit den von ihm finanzierten Stiftungen in Ungarn NGOs, die zu den wirkungsvollsten Kritikern der Regierung im Hinblick auf die Aufdeckung von Korruption oder Menschenrechtsverletzungen im Umgang mit MigrantInnen zählen. Soros ist auch der Gründer der CEU. Die ungarische Regierung wirft Soros vor, dass er jährlich eine Millionen MigrantInnen in Europa ansiedeln und dadurch die Staaten destabilisieren wolle. Über die von ihm

unterstützten NGOs, die ein mafiaartiges Netzwerk darstellten, verfüge er über großen Einfluss auf die linke Opposition in Ungarn ebenso wie auf die Europäische Kommission. Dass sich das NGO-Gesetz nicht nur gegen Geldwäsche und Terrorismus richtet, lässt sich auch der Präambel des Gesetzes entnehmen, in der Bedenken gegen die Einflussnahme ausländischer Interessengruppen, die nicht auf „gemeinschaftliche Ziele“ gerichtet sind, formuliert werden. Das Plakatgesetz ist zweifellos eine Reaktion auf eine gegen die Regierung gerichtete Kampagne der Jobbik-Partei, für die der ungarische Geschäftsmann Lajos Simicska seine Plakatflächen weit unter dem Listenpreis zur Verfügung gestellt hatte. Während dieses Gesetz die Möglichkeiten der Oppositions-Parteien stark einschränkt, hat die Regierung weiterhin die Möglichkeit, ihre Kampagnen zu organisieren, die als Informationen der Regierung deklariert werden können.

Einschränkungen für Opposition und Zivilgesellschaft?

Auffällig sind die kurze Vorbereitungszeit der Gesetze, die Vermeidung von Konsultationen im Vorfeld

und die Verabschiedung im Schnellverfahren. Dieses Umgehen von Verfahrensvorschriften wird besonders beim Plakatgesetz deutlich, wo die für Regelungen zur Parteienfinanzierung notwendige Zwei-Drittel-Hürde durch die Integration in ein Gesetz zum Siedlungsschutz vermieden wurde. Beim NGO-Gesetz hatte die ungarische Regierung zwar die Venedig-Kommission des Europarates um eine Stellungnahme gebeten, aber von den von der Kommission geäußerten Bedenken wurde dann nur ein kleiner Teil berücksichtigt. Insgesamt spricht die Vorgehensweise bei der Verabschiedung der Gesetze für ein instrumentelles Verhältnis zum Recht und ist mit dem rechtsstaatlichen Prinzip der Verfahrensgerechtigkeit schwer vereinbar. Die Gesetze erwecken den Eindruck, dass die ungarische Regierung versucht, die Möglichkeiten oppositioneller Parteien und kritischer zivilgesellschaftlicher Organisationen zu begrenzen. Ob die wegen zwei der Gesetze von der Europäischen Kommission inzwischen eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn und die gegen die Gesetze in Ungarn beim Verfassungsgericht eingereichten Klagen Korrekturen zur Folge haben werden, bleibt abzuwarten.

Veranstaltungen im Sommersemester 2017

UNIVERSITÄT, LEHRSTÜHLE, DOKTORSCHULE

Der höhere Auswärtige Dienst

Am 9. Februar 2017 stellten Kristina Stelzer, Wirtschaftsreferentin an der Deutschen Botschaft Budapest, und Dr. Ulrich Schlie, Leiter des Lehrstuhls Diplomatie II, die Berufsperspektiven im höheren Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik Deutschland vor und beantworteten im

Anschluss die Fragen der Studierenden. Die persönlichen Erfahrungen der beiden Vortragenden ergänzten den Vortrag und gaben Einblicke in den höheren Auswärtigen Dienst sowie in die Vor- und Nachteile des Berufs.

Julia Peters



Die österreichische Bundespräsidentenwahl 2016

Vortrag von Prof. Heinrich Neisser
(Universität Innsbruck) am 14. Februar 2017

In seinem Vortrag zum Thema „Die österreichische Bundespräsidentenwahl 2016 im Lichte gegenwärtiger politischer Entwicklungen“ sprach Neisser über das in Österreich bedeutendste politische Ereignis des vergangenen Jahres.

Neisser ging zuerst auf den Ablauf der Wahlen ein und stellte kurz die KandidatInnen vor. Die Besonderheit dieser Wahl sei sicherlich gewesen, so Neisser, dass Irmgard Griss als unabhängige Kandidatin im ersten Durchgang als drittstärkste hervorging sowie kein Kandidat der ehemaligen Großparteien, die bis jetzt immer den Bundespräsidenten gestellt hatten, in die Stichwahl gekommen ist. Im zweiten Wahldurchgang traten der FPÖ-Kandidat Norbert Hofer und der offiziell unabhängige Kandidat, der jedoch von den Grünen unterstützt wurde, Alexander Van der Bellen, gegeneinander an. Danach folgten die Anfechtung und Aufhebung des zweiten Wahldurchgangs durch den Verfassungsgerichtshof und das Wahlkarten-Debakel, der

sogenannten „Klebstoffaffäre“, die zur Verschiebung der Wahlwiederholung des zweiten Durchgangs führte. Schlussendlich wurde jedoch Alexander Van der Bellen in einer gültigen Wahl am 4. Dezember 2016, nach einem Jahr Wahlkampf, mit einem eindeutigen Stimmenvorsprung gewählt.

Den zweiten Teil des Vortrags widmete Neisser der historischen Entwicklung der Rolle des österreichischen Bundespräsidenten, dessen Funktionen erst in der Verfassungsänderung von 1929 festgelegt und zuvor, seit 1918, vom Staatsrat, ausgeübt wurden. Die erste direkte Volkswahl des Bundespräsidenten, obwohl bereits 1929 festgelegt, erfolgte jedoch erst nach dem 2. Weltkrieg im Jahr 1951. Die Bundespräsidenten der Zweiten Republik kamen entweder von der SPÖ oder der ÖVP, dabei wurde meist jene Politiker von der Partei gewählt, die gerade nicht den Bundeskanzler stellte, wobei Rudolf Kirchschläger eine Ausnahme war. Neben der Bundespräsidentenwahl von 2016 erhielt die Wahl von Kurt Wald-

heim Jahr 1986 große internationale Aufmerksamkeit. Neisser zeigte in seinem Vortrag auf, dass die im Wahlkampf diskutierten Themen eigentlich nicht im Kompetenzbereich des Bundespräsidenten liegen. Vom neuen Bundespräsidenten könne man erwarten, dass dieser die Regierung zu Reformen bewege, Änderungen im politischen System andiskutiere – u. a. auch die eigenen Kompetenzen – und eine notwendige Verfassungsreform initiiere, so Neisser. Er könne außerdem als Vermittler auftreten in einem politischen System, das sich immer mehr von einem Konkordanz- zu einem Konkurrenzsystem entwickle.

Christina Griessler



Buchpräsentation des Mitteleuropazentrums

Am 9. März 2017 stellte das Mitteleuropazentrum den zweiten Band des „Jahrbuchs für Mitteleuropäische Studien“ und das Buch von Dr. Orsolya Lénárt „Der Ungarische Kriegsroman. Medien, Wissen und Fremdwahrnehmung bei Eberhard Werner Happel“ vor.

Prof. Dr. Dieter A. Binder, Leiter des Lehrstuhls für Kulturwissenschaften, eröffnete die Veranstaltung mit der

inhaltlichen Vorstellung des bei dem Wiener Verlag new academic press verlegten Jahrbuchs (2014/2015), das schwerpunktmäßig dem Ersten Weltkrieg (1914–1918) gewidmet ist.

Von den Beiträgen wurde insbesondere jener von Martin Pollack über die Ruthenen und deren Lebensbedingungen im Lager zwischen 1914 und 1917 thematisiert. Das Jahrbuch enthält außerdem auch peer-reviewed Beiträge von jungen Akademiker-

Innen, die an den jährlichen Tagungen (Annual Conventions) der Austrian Centers, eines nachwuchsfördernden Netzwerks, präsentiert und einem kritischen Publikum zur Diskussion gestellt wurden.

Anschließend stellte die Moderatorin der Veranstaltung Dr. Andra-Octavia Drăgihicu, Oberassistentin am Lehrstuhl für Mitteleuropäische Geschichte, den Germanisten Dr. András F. Balogh vor, der zugleich Doktorvater von Dr.

Orsolya Lénárt war. Balogh machte einleitende Bemerkungen zum Ungarischen Kriegs-Roman und schilderte die kurze aber zugleich wechselhafte Geschichte der deutsch-ungarischen Beziehungen. Die Publikation von Lénárt, die aus ihrem Dissertationsprojekt hervorgegangen ist, beschäftigt sich mit dem Ungarischen Kriegs-Roman von Eberhard Werner Happel (1647–1690) und dem dadurch vermittelten Ungarn-Bild des 17. Jahrhunderts. Happels Werk – ein sechsbändiger Roman – enthielt viele gängige Vorstellungen und Klischees über Ungarn, die er aus zeitgenössischen Bestsellern, welche vor allem die Fauna und Flora, die Menschen, Städte

und Könige beschrieben, schöpfte. Das Königreich Ungarn selbst wurde im 17. Jahrhundert als „Bollwerk der Christenheit“ (Propugnaculum/Antemurale Christianitatis) gegen die Osmanen (Türken) dargestellt.

Die in der Monografie präsentierten Forschungsergebnisse gehen zum Teil auf ein gemeinsames Forschungsprojekt von Lénárt und Balogh zurück. Das 2006 angelegte Projekt, welches auf einem Verzeichnis deutschsprachiger Drucke des 17. Jahrhunderts (VD17) fußt, beschäftigt sich mit der noch erhalten gebliebenen Hungarica-Literatur des 17. Jahrhunderts in deutscher Sprache. Die Forschungsarbeiten

erwiesen sich als überaus zeitintensiv, weil die bis dato erfassten literarischen Texte sowohl sprachlich als auch gattungsübergreifend überaus vielfältig sind. Die Publikation einer Datenbank der deutschsprachigen Hungarica ist allerdings vorgesehen.

Bei der anschließenden Publikums- und Podiumsdiskussion wurde auch auf die Aktualität des Themas eingegangen und darauf hingewiesen, dass sich gewisse Topoi seit dem Mittelalter wenig verändert haben und als Bausteine teilweise bis heute aufgegriffen werden können.

*Kira Almudena
Zoé Edelmayer*

Der Einfluss der Europäischen Menschenrechtskonvention auf die österreichische Rechtsordnung

Vortrag von Prof. Dr. Katarina Pabel (Universität Linz) am 22. März 2017

Nach einer kurzen Einleitung durch Prof. Dr. Michael Anderheiden, Leiter des Lehrstuhls für Europäisches Öffentliches Recht und seine Grundlagen, stellte Pabel zunächst den Rang der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) in der österreichischen Rechtsordnung und entsprechende Besonderheiten des österreichischen Verfassungsrechts dar. So habe die EMRK in Österreich Verfassungsrang, was das Land von den anderen Vertragsstaaten der EMRK wesentlich unterscheidet. Im österreichischen Verfassungsrecht finde sich auch kein Grundrechtekatalog, lediglich einzelne Grundrechte würden in einigen verschiedenen Gesetzen mit Verfassungsrang garantiert, so Pabel. Der Großteil an rechtspraktisch relevanten Grundrechten entstamme folglich, seit dem Beitritt Österreichs zur EMRK im Jahre 1954, ebendieser. Somit sprach Pabel in diesem Zusammenhang von einem inhaltlichen „Verschmelzen“ der österreichischen Grundrechte und denen in der EMRK.

Pabel erläuterte im Folgenden den Einfluss der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) auf die österreichische Rechtsordnung und stellte – nachdem sie kurz die Bindung der österreichischen Gerichte an die Rechtsprechung des EGMR erläutert hatte – eine Klassifizierung dieses Einflusses in vier Kategorien vor. Die erste Kategorie sei die „grundlegende Änderung von Institutionen des Staates aufgrund der Rechtsprechung des EGMR“. Die zweite Kategorie betreffe die „Verfassungsänderungen aufgrund der Rechtsprechung des EGMR“. „Gesetzesänderungen aufgrund der Rechtsprechung des EGMR“ würden in den dritten Bereich fallen und zur letzten Kategorie würden alle „Anpassungen der österreichischen Rechtsprechung aufgrund der Rechtsprechung des EGMR“ zählen.

Abschließend stellte Pabel allerdings fest, dass die Rechtsprechung des EGMR meist einzelfallbezogen

sei und somit nicht alle Urteile in die österreichische Rechtsprechung übernommen werden dürften. Somit würden die Urteile des EGMR auch durch österreichische Gerichte häufig hinterfragt und zur Diskussion gestellt. Nichtsdestotrotz sei die EMRK für österreichische Gerichte eine Selbstverständlichkeit bei der Klärung von Grundrechtsfragen und dieses sei in Österreich auch nie angezweifelt worden. In einigen Fällen hätten sich die österreichischen Gerichte und der EGMR in ihrer Rechtsprechung sogar gegenseitig beeinflusst. Insgesamt sei der Einfluss der EMRK und der EGMR Rechtsprechung in Österreich als routinemäßig anzusehen und werde in der österreichischen Justiz, Verwaltung und Politik akzeptiert und befürwortet.

Julia Peters

Gemeinsam für den Frieden?

Vortrag von Christian U. Blume (Universität Hannover)

Am 29. März 2017 stellte Christian Blume in seinem Vortrag „Gemeinsam für den Frieden? Die institutionelle Zusammenarbeit von internationalen Organisationen bei der Friedenssicherung“ im Rahmen des Seminars „Konfliktmanagement“ von Dr. Ulrich Schlie seine jüngsten Forschungsergebnisse vor. Blume promoviert seit 2012 an der Leibniz Universität Hannover und forscht im Bereich der internationalen Politik.

Internationale Organisationen würden eine bedeutende Rolle in der Friedenssicherung spielen, um globale Konflikte und Kriege zu bewältigen, so Blume. Nach dem Kalten Krieg sei ein wesentlicher Anstieg in der Anzahl und Komplexität der Missionen zu beobachten. Den Peacekeeping-Organisationen würden neue Herausforderungen gegenüber stehen, die mit Hilfe von Synergien der Institutionen erfolgreicher und

effizienter gelöst werden könnten. Blume wies darauf hin, dass trotz dieser Herausforderungen die institutionelle Zusammenarbeit bei den Missionen unentbehrlich sei für die Sicherung des weltweiten Friedens.

Gitta Varga



Eröffnung des Zentrums für Diplomatie

Mit hochkarätigen Gästen und einer unerwarteten Lehrstunde in Sachen Diplomatie wurde am 5. April 2017 das „Zentrum für Diplomatie“ an der AUB feierlich eröffnet. Vor dem Hintergrund einer immer instabileren und unsicheren Welt, soll das Zentrum Studierenden künftig die praktischen Aspekte von Diplomatie sowie Krisen- und Konfliktmanagement noch näherbringen. Der Schwerpunkt der AUB auf Diplomatie, der sich neben zwei Lehrstühlen für Diplomatie auch darin äußert, dass namhafte Diplomaten an der Universität gelehrt haben – wie etwa Dorothee Janetzke-Wenzel, Reinhard Bettzuege, Rolf Friedrich Krause oder Dietrich Pohl – soll in Zukunft durch das „Zentrum für Diplomatie“ noch intensiviert werden.

In seiner Begrüßungsrede hob AUB-Rektor Prof. Dr. Dietmar Meyer daher auch die Erfahrung der DiplomatenInnen und AbsolventInnen hervor, deren Praxiswissen im neugegründeten Zentrum weitergegeben werden soll. Angesichts „der Krise Europas und verschiedenen neuen Orientierungen und Strömungen, kann das Zentrum für Diplomatie eine wichtige Aufgabe erfüllen“, so der Rektor. Mit der Gründung dieses Zentrums gehe die Universität zudem „große Schritte“ hin zu einer wichtigen Institution für Dialog und Forschung. Rektor Meyer dankte in seiner Rede besonders den beiden Initiatoren des Zentrums für Diplomatie, welche „großes Engagement bei der Gründung an den Tag gelegt haben“, den beiden Lehrstuhlinhabern für Diplomatie Dr. Ulrich Schlie und Dr. Ferdinand Trauttmansdorff.

Das Wissen um Zusammenhänge ist heute wichtiger denn je

In seiner Einführung ging Schlie besonders auf das weltpolitische Geschehen ein, dass die Auseinandersetzung mit außenpolitischen Themen derzeit so wichtig mache. Er gab den ZuhörerInnen zu bedenken, dass vor dem Hintergrund einer Verschiebung in der internationalen Politik und einem grundlegenden Wandel von Wirtschaft, Politik, Militärwesen und Gesellschaft „die Außenpolitik in einen größeren Kontext gestellt werden muss.“

Die Frage nach dem „Warum“ für die Gründung des Zentrums für Diplomatie sei dahingehend zu beantworten, dass das Verständnis für die Diplomatie und ihrer Rolle als unabdingbares Instrument staatlichen

Handels neu definiert werden müsse. Dies an der AUB zu diskutieren, in einer Region von herausragender Bedeutung für Mitteleuropa, sei ein wichtiges Ziel. Studierenden solle Diplomatie als Querschnittsthema nahe gebracht und anhand vielfältiger Veranstaltungen praxisnah vermittelt werden, „denn alles, was hier entsteht, ist für die Studierenden bestimmt“, so Schlie.

Bevor er das Wort an seinen Kollegen Trauttmansdorff übergab, führte er die Gäste, neben ProfessorInnen und MitarbeiterInnen der Universität auch zahlreiche DiplomatenInnen und VertreterInnen von politischen Institutionen, in die Biografie des Ehrengastes, Karel Fürst zu Schwarzenberg, ein. Besonders seine enge Verbindung zur österreichisch-ungarischen Geschichte, seine Erfahrungen als Staatsmann und sein politisches Handeln aus historischem Bewusstsein machten ihn zu einer sehr relevanten Persönlichkeit in Sachen Diplomatie.

Trauttmansdorff ging im Anschluß auf die persönliche Verbindung des Fürsten zur Region und sogar zum Uni-Gebäude ein, denn seine Großmutter wuchs in den Räumen des Festetics-Palais, dem Sitz der AUB, auf. Auch Karel Fürst zu Schwarzenberg war als Kind häufig im Palais,

Studierende und MitarbeiterInnen der AUB protestierten während der Rede von Gergely Gulyás gegen das neue Hochschulgesetz.



eine Verbindung also, die enger nicht sein könnte. Trauttmansdorff hob sodann die Bedeutung des Fürsten für die internationale Diplomatie hervor: „Er symbolisiert viel, was wir mit dem Zentrum für Diplomatie erreichen möchten“, so Trauttmansdorff. Stets habe er verstanden, was Europa benötigt. In einer Zeit, in der „fundiertes Wissen ein immer selteneres Gut wird“, sei das Wissen um Zusammenhänge kostbarer denn je – etwas, das Fürst Schwarzenberg stets beherrscht habe. Und obwohl dieser es nicht gerne höre, wenn er gelobt wird, gehöre er dennoch zu einer der herausragenden Persönlichkeiten der Diplomatie.

Solidaritätsbekundung mit der CEU

Bevor der Ehrengast des Abends selbst zu Wort kam, ging der stellvertretende Präsident der Ungarischen Nationalversammlung und Vize-

Karel Fürst zu Schwarzenberg bei seinem Vortrag zur Eröffnung des Zentrums.



Präsident der Regierungspartei Fidesz Gergely Gulyás auf die Zukunft Europas und die Bedeutung der euro-

päischen Werte ein. Während seiner Rede kam es zu einer spontanen Solidaritätsbekundung von Studierenden

und MitarbeiterInnen der AUB mit der Central European University. Durch Plakate mit der Aufschrift „I stand with CEU“ drückten sie ihren Unmut über die Änderungen des Hochschulgesetzes aus und zeigten, wie man auf friedliche und diplomatische Weise ein Zeichen setzt, ohne die Rede eines hohen Repräsentanten der ungarischen Regierung zu stören. Diplomatie als Zeichen von Taktgefühl gewährleistet, dass über Fakten sachlich diskutiert und ein Konsens erreicht wird – dies auch in Bezug auf die kontroverse Änderung des Hochschulgesetzes zu erreichen, könnte als eines der Ziele dieser spontanen Solidaritätsbekundung verstanden werden. Ganz im Sinne des Leitbildes der Universität, Europa nicht nur zu lehren, sondern auch zu leben, zeigten die DemonstrantInnen, dass zu den europäischen Werten insbesondere die Vielfalt der Meinungen und die freie Ausübung von Wissenschaft und Bildung zählen.

Herausforderungen für Europa

Unter dem Titel „Europa, was kommt auf uns zu“ hielt schließlich Karel Fürst zu Schwarzenberg seine Rede und machte darin deutlich, dass er ein Europäer mit Herz und Seele sei. Der zweimalige Außenminister der Tschechischen Republik, Präsident-

schaftskandidat bei den Wahlen in Tschechien 2013, langjährige Vorsitzende der tschechischen Partei TOP 09 und Präsident der Internationalen Helsinki-Föderation für Menschenrechte begann seine Rede mit dem „prägendsten Ereignis“ seines Lebens – der ungarischen Revolution von 1956. Damals habe er als junger Mann eine Woche lang in Hegyeshalom, an der österreichisch-ungarischen Grenze gearbeitet. Der tiefe Respekt, den er seither für die Ungarn und ihren Mut empfindet, habe ihn ein Leben lang begleitet.

Was Europa und im Besonderen die Einstellung zur EU angehe, so verfolge er aber mit Verwunderung die Mentalität einiger Regierungsvertreter, die „in Brüssel Geld bekommen, nach Hause fahren und dort dann über die Brüsseler Bürokratie schimpfen.“ Er lud die Anwesenden dazu ein, einen Vergleich zwischen der Bürokratie eines Landes und derjenigen in Brüssel zu ziehen. Schon die bloße Recherche im Internet würde verdeutlichen, dass in nationalen Ministerien mehr Angestellte, zum Teil ineffizientere Arbeit leisten, als es die Angestellten in den EU-Institutionen in Brüssel tun: „Die Nationalstaaten sind der wahre Hort der Bürokratie“, so Fürst zu Schwarzenberg.

Als Gefahr für die Zukunft nannte der Vortragende zum einen nationalistische und revisionistische Tendenzen, was er am Beispiel Russlands, das mit seiner Annektierung der Krim das Völkerrecht verletzt habe, deutlich machte. Ohne hier konkrete Namen zu nennen, betonte Fürst zu Schwarzenberg, dass viele Staaten erkennen müssen, dass sie in Gemeinschaften wie der Europäischen Union und der NATO besser aufgehoben sind. Weitere Austritte aus der Europäischen Union könnten weder Europa, noch die Staaten selbst verkraften.

Besorgt sei er darüber, dass immer mehr populistische, demagogische und nationalistische Bewegungen in Europa um sich griffen und traditionelle, historische Partnerländer sich voneinander entfernten. Eine weitere Herausforderung für Europa werde, so der Fürst, der zwar „ein Skeptiker, aber dennoch ein Optimist“ sei, die Migration darstellen. Diese sei aber bei weitem nicht so brutal, wie sie von einigen Länder dargestellt werde. Damit sprach Fürst zu Schwarzenberg sehr deutliche Worte, ohne konkrete Namen zu nennen. Ganz so, wie es ein wahrer Diplomat tut.

*Doris Evelyn Zakel
Der Artikel erschien
in der Budapester Zeitung
(Nr. 15/2017, S. 34–35)*

Menschen und ihre Biografien. Mitteleuropäische Lebenswege im Brennpunkt

*6. Internationale DoktorandInnentagung des Doktoratskollegs
für Mitteleuropäische Geschichte am 6. und 7. April 2017*

Zahlreiche DoktorandInnen von deutschen, österreichischen und ungarischen Forschungseinrichtungen tauschten sich auf der Tagung „Menschen und ihre Biografien. Mitteleuropäische Lebenswege im Brennpunkt“ zu den facettenreichen Herangehensweisen an mitteleuropäischen Biografien aus. Ihre Präsentationen wurden von den Leitern des AUB-Doktoratskollegs Prof. Dr. Dieter Binder und Dr. habil. Georg Kastner sowie von Dr. Ibolya Murber (Szombathely) kommentiert und diskutiert, wodurch die TeilnehmerInnen wertvolle Anregungen bekamen.

Prof. Dr. Ellen Bos (AUB) hob in ihrer Begrüßung den Paradigmenwechsel der 1980er Jahre hervor und das

damit einhergehende Interesse der Politikwissenschaft für das Individuum als Akteur im politischen Prozess

und somit die Bedeutung der Auseinandersetzung mit Biografien. Ibolya Murber bot in ihrem Keynote Vortrag anschließend einen Überblick über die Herausforderungen der Moderne im 19. und 20. Jahrhundert in Mitteleuropa. Sie stellte das relative Gleichgewicht der ethnischen Vielfalt des Donaauraumes innerhalb Österreich-Ungarns im 19. Jahrhundert der gesellschaftlichen Nivellierung im 20. Jahrhundert gegenüber und konkre-

tisierte somit den historischen Rahmen für die Entfaltung der individuellen und kollektiven Biografien.

Das erste Panel, moderiert von Dr. Richard Lein (AUB), bezog sich auf Adelsbiografien vom Zeitalter der Reformation bis ins 20. Jahrhundert. Béla Teleky (AUB) wandte sich den Biografien zweier Adelige, die im 16. Jahrhundert die Reformation in Westungarn vorantrieben, zu. Kira Edelmayr (AUB) zeigte anhand der Biografie von Karl VI. Schwarzenberg, wie die historischen Zäsuren des 20. Jahrhunderts im mitteleuropäischen Raum das Leben eines Adligen prägten bzw. wie man sich nach der Abschaffung der Adelstitel in der neuen Ordnung positionieren konnte.

Das von Ágnes Körber moderierte zweite Panel rückte die Biografien von einzelnen Intellektuellen in den Vordergrund. Florian Martin Müller (Innsbruck) schilderte das Leben des Franziskanerpaters Innozenz Ploner im Spannungsfeld zwischen seiner geistlichen Existenz und seiner Tätigkeit als Archäologe. Martina Medolago (AUB) sprach über den Kunsthistoriker Jenő Lányi, dessen Biografie von zahlreichen Stationen, Sprachen und Zäsuren geprägt war und veranschaulichte, dass eine Biografie nicht nur aus Egodokumenten, sondern auch aus zahlreichen anderen Quellen rekonstruierbar ist. Die Frage nach dem Stellenwert Mitteleuropas und dessen Auswirkung auf den 100-jährig gewordenen italienischen Journalisten Giuseppe Prezzolini war Gegenstand des Vortrags von Sarah Majer (Berlin), die dadurch mitteleuropäische Einflüsse anhand des

Beispiels des „kulturellen Irredentismus“ problematisierte.

Das Panel zum Thema der Architektenbiografien wurde von Stefanie Schudt (Greifswald) geleitet und beinhaltete zwei Präsentationen zu der quantitativen Erfassung von biografischen Daten und deren Auswertung. Anna-Victoria Bognár (Stuttgart) diskutierte die Vor- und Nachteile von quantitativen Methoden in der Biografieforschung anhand von Architektenbiografien der Frühen Neuzeit, während Silke Antje Kropf (AUB) die Schlüsselrolle des Netzes in der Erarbeitung der Biografie des Stararchitekten Marcel Breuer darstellte.

Der erste Tag der Konferenz endete mit der Präsentation des neu erschienenen Tagungsbandes der 5. DoktorandInnenkonferenz durch Prof. Binder und durch die HerausgeberInnen Réka Szentiványi und Béla Teleky.

Dr. Orsolya Lénárt moderierte am nächsten Vormittag das Panel über Biografien von Literaten, in dem sich die Vortragenden den Lebenswegen dreier Schriftsteller aus Mittel- und Südosteuropa unterschiedlich näherten. Susanne Korbel (AUB) erzählte das Leben von Andre Singer (Andreas Ott) anhand der vier Erzählstile (Romanze, Satire, Komödie, Tragödie), wobei Dejana Kerošević (Regensburg) die Biografie des jugoslawischen Schriftstellers Danilo Kiš als „ethnische Seltenheit“ deutete. Roman Hutter (Wien) wandte sich dem siebenbürgisch-sächsischen Lyriker Oskar Pastior zu und hob den Einfluss des kulturellen Kalten Krieges zwischen „westlichen“ und „östlichen“ Kultureinrichtungen auf dessen Biografie hervor.

Das vorletzte Panel widmete sich zweier politischer Biografien und wurde von Dr. Christina Griessler (AUB) geleitet. Antonia Schilling (Freiburg) führte in eine Frauenbiografie der Tagung ein und präsentierte Helene Weber als emblematische Politikerin ihrer Zeit. Réka Szentiványi (AUB) sprach eine aktuelle und akute Thematik an, indem sie sich mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán und dem Wesen der politischen Polarisierung in Ungarn auseinandersetzte.

Das von Dr. Krisztina Schlachta (Pécs) moderierte letzte Panel der Tagung thematisierte zwei kollektive Biografien und die methodischen Schwierigkeiten, die diese Gattung hervorruft. Georg Gänser (Wien) schilderte die Geschichte einer Gruppe von illegalen NationalsozialistInnen und ihrer Drucktätigkeit in Österreich und Beáta Márkus (AUB) sprach über die Problematik der Erinnerung an die Ungarndeutschen und der Darstellung ihrer Deportation in die Sowjetunion als kollektives Erlebnis nach 1990.

Andra-Octavia Drăghiciu



Cooperation in the Visegrad Four Group

Vortrag von Juraj Chmiel (Botschafter der Tschechischen Republik in Budapest)

Am 26. April sprach Botschafter Chmiel zum Stand der Kooperation in der Visegrád-Gruppe. Moderator der Veranstaltung war Dr. Ferdinand Trauttmansdorff, Lehrstuhlleiter Diplomatie II.

Chmiel berichtete über die Kooperationsbereiche der beteiligten Staa-

ten und deren Herausforderungen, wie zum Beispiel im Bereich der erneuerbaren Energien, der Lebensmittelsicherheit, der Migration und der Sicherheitspolitik. Der Botschafter betonte die Attraktivität der Visegrád-Gruppe für Drittländer, fügte aber

hinzu, dass in der Zukunft keine Erweiterungen geplant seien.

Gitta Varga



Embassy of the Czech Republic
in Budapest

Abgestufte Integration der EU. Perspektiven und Probleme

Erster Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „Die Krise Europas“ des Zentrums für Demokratieforschung und des Internationalen und Interuniversitären Netzwerk für Politische Kommunikation (netPol) am 3. Mai 2017.

Prof. Dr. Ellen Bos (AUB) unterstrich in ihrer Begrüßungsrede den Aktualitätsbezug der Krisen aus der jüngeren Vergangenheit Europas, die dazu beigetragen hätten, dass über die Zukunft der Europäischen Union debattiert werde. Es zeichne sich ab, dass die Neugestaltung des Gleichgewichts von Gesellschaft, Markt und Staat zwischen den Mitgliedstaaten und der EU unabdingbar sei, so Bos.

Anschließend präsentierte Prof. Dr. Georg Vobruba (Universität Leipzig) seine Forschungsergebnisse. Das europäische Sozialmodell basiere auf der spezifischen geopolitischen Struktur der EU, so Vobruba. Diese Struktur bestehe durch wechselseitige Beziehun-

gen zwischen allen Mitgliedstaaten, insbesondere zwischen dem Zentrum und der Peripherie der EU. Ferner entständen interne Abstufungen durch Zusammenschlüsse von Wirtschaftsräumen mit ähnlichen Wirtschaftskapazitäten. Diese begünstigten die Herausbildung von Konkurrenzdruck sowie die Mobilität von Produktionsfaktoren und den Transfer von monetären Leistungen in weniger entwickelte Wirtschaftsräume, solange wirtschaftliche Defizite zumindest ansatzweise ausgeglichen seien.

Seit der Gründung der EU habe man den „Weg der abgestuften Integration“ eingeschlagen, der sich am Beispiel der Eurokrise veranschaulichen lasse. Diese sei eine logische Konsequenz der europäischen Währungsunion sowie als Abstufung infolge der Zugehörigkeit zum Währungsraum zu verstehen. Im Zuge der Krise des Schengen-Systems werde deutlich, dass eine Pufferzone für das Zentrum nötig sei. Länder dieser Zone verpflichten sich

zu politischen und wirtschaftlichen Modernisierungen, wofür sie finanzielle und administrative Unterstützung vom Zentrum erhalten. Dies garantiere einerseits soziale Mobilität und den Zugang zum europäischen Binnenmarkt, andererseits absorbiere die Pufferzone – nicht zuletzt aufgrund ihrer geographischen Lage – äußere Probleme. Es entwickle sich zunehmend ein komplexes politisches System von wechselseitigen Beziehungen zwischen dem Zentrum und der südlichen Peripherie, gekennzeichnet von einer mehrstufig integrierten geopolitischen Struktur, so Vobruba. Dennoch sei die Partizipation aller EU-Mitgliedsstaaten nicht zu bewerkstelligen, wodurch teilweise integrierte Staaten außen vor blieben.

Bálint Lengyel



Digital Divide in the Danube Region

Central and Eastern European eDemocracy and eGovernment Days 2017

Hört man den Begriff „Digital Divide“, denkt man zumeist an einen „Divide“ zwischen „Alt“ und „Jung“, zwischen „Arm“ und „Reich“, zwischen Menschen mit niedrigeren und Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen und, in geografischer Hinsicht, zwischen Ost- bzw. Südeuropa und Westeuropa. Oft wird davon ausgegangen, dass die im jeweiligen Gegensatzpaar erstgenannte Gruppe das Internet und digitale Dienste weniger nutze, während die Letztgenannten als regelmäßige und aktive Nutzer gelten. Werden jedoch konkrete Praxisbeispiele wie die Verwendung elektronischer Bezahlwege zur Abrechnung von Verwaltungsdienstleistungen betrachtet, kommen für den Donaauraum Zweifel hinsichtlich der genannten „Divides“

auf: Deutsche Behörden akzeptieren keine „e-Invoices“, in Österreich sind diese dahingegen verpflichtend und in Moldawien werden sie akzeptiert. Kostenloses W-Lan ist in Zügen der ungarischen und mazedonischen Bahn seit längerem verfügbar – in Deutschland wurde es erst kürzlich eingeführt. Vor diesem Hintergrund befasste sich die diesjährige Ausgabe der „Central and Eastern European eGovernment and eDemocracy Days“ mit der Leitfrage, inwiefern das Konzept des „Digital Divide“ (noch) fruchtbar ist, um die Unterschiede in der Verfügbarkeit und Nutzung von „e“-Services im Donaauraum zu erklären.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tagung lag auf dem aktuellen Phänomen der „Hate Speech“ im Internet und

auf Strategien zu dessen Bewältigung. Über die beiden Leitthemen hinausgehend bot die Tagung eine allgemeine Plattform, auf der sich Vertreter aus der Wissenschaft und aus der politisch-administrativen Praxis allgemein zu Themen des eGovernment und der eDemocracy austauschen konnten. Über 130 TeilnehmerInnen nahmen diese Möglichkeit wahr und fanden am 4. und 5. Mai den Weg an die Universität für den Öffentlichen Dienst (NKE) und die AUB, um in insgesamt 21 Sektionen und Workshops und einer abendlichen Podiumsdiskussion in den Austausch zu treten.

Eröffnet wurde die Tagung durch Keynote-Reden von Wolfgang Gerstl, Abgeordneter zum Nationalrat Österreichs, und Dušan Stojanović, Di-



rektor für eGovernment im Ministerium für Öffentliche Verwaltung und lokales Self-Government der Republik Serbien, die in ihren Vorträgen die Situation und Relevanz des Digital Divide in ihren jeweiligen Herkunftsländern beleuchteten. Im Anschluss daran fanden Sektionen zu „eGovernment and Society“, „Digital Divide“, „eDemocracy“, „Privacy and Data Protection“, „Transparency“ und „Open Data“ statt. Nachmittags wurden zwei Workshop-Sitzungen zum Thema „Hate Speech“ abgehalten.

Podiumsdiskussion an der AUB

Seinen Abschluss fand der erste Tagungstag in einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „The New Digital Divide: Is Digital Divide About Technology or Civic Skills?“, die an der AUB unter der Moderation von Jani Makraduli (ehem. Parlamentspräsident der Republik Mazedonien) abgehalten wurde.

In der Diskussion behandelten vier ExpertInnen aus Wissenschaft und Praxis die im Titel der Veranstaltung aufgeworfene Frage, ob das Konzept des „Digital Divide“ eine primär tech-

nisch-infrastrukturelle Angelegenheit oder eher eine Angelegenheit bürgerlich-demokratischer Bildung ist. Dr. Ronald Bieber, Generalsekretär der Österreichischen Computer Gesellschaft, betonte in seinem Eröffnungsstatement die Wichtigkeit digitaler „skills“ und führte aus, dass diese aus den drei Komponenten „computational thinking, media competence and digital literacy“ bestünden. Auch wenn die Meinung verbreitet sei, „digital natives“ würden diese Fertigkeiten mit der „Muttermilch“ aufsaugen, zeigten wissenschaftliche Studien, so Bieber, dass diese Wahrnehmung falsch sei. Spezielle Schulungen und (Fort-)Bildung sei auch bei der jüngeren Generation erforderlich, um ein Digital Divide zu vermeiden. Dona Scola (Mitglied des United Nations Committee of Experts on Public Administration) stimmte dieser Einschätzung grundsätzlich zu und hinterfragte zugleich die Natur dieses Divide. Ihrer Ansicht nach liegt das aktuell relevanteste Divide nicht im Bereich des Digitalen, sondern ganz allgemein in der politischen Polarisierung der Gesellschaft, deren

Symptome sich in der digitalen Sphäre in Phänomenen wie „Hate Speech“ zeigten. Auch bei Fragen des Digital Divide gehe es aktuell, so Scola, weniger um die Beziehung „Mensch – Technik“, als um die Beziehung „Mensch – Mensch“. Martin Übelhör (Europäische Kommission, ehemaliges Mitglied des Kabinetts des EU Kommissars für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft) nannte „Vertrauen“ und „Werte“ als in diesem Zusammenhang besonders relevant. Einerseits müssten vorhandene demokratische Werte und Gesetze auf die neue Technologie angewendet werden, andererseits fordere die neue Technologie bestehende Werte und Gesetze zur Veränderung heraus. Wir befinden uns in einer „sehr interessanten Zeit“, so Übelhör. Dušan Stojanović pflichtete Scola bei und betonte, dass zur Bewältigung des Digital Divide weniger technische Lösungen oder eine technische Ausbildung erforderlich seien, als vielmehr eine allgemeine „digital literacy“ und Medienkompetenz, die dazu befähigten, „fake news“ von seriösen Quellen zu unterscheiden und einen angemessenen

demokratischen Diskurs im Internet zu führen. Auf dem Podium herrschte somit große Einigkeit darüber, dass für die Bewältigung des aktuellen Digital Divide weniger technisch-infrastrukturelle Maßnahmen erforderlich seien, sondern die Bildung der BürgerInnen und die Vermittlung von demokratischen Werten.

Best Paper Awards

Am zweiten Tagungstag wurden die Diskussion und der Austausch u.a. in Panels zu „Information Security“, „Identity Management“ und in einem Workshop zu „Mobile Government“ fortgesetzt. Weiterhin fanden gemeinsame „Student Workshops“ der AUB, der NKE und der Hochschule für

Öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg statt, in denen Studierende dieser Hochschulen Ergebnisse eigener Forschungsprojekte vorstellen und erstmals internationale Tagungsluft „schnuppern“ konnten. In der die Tagung abschließenden Sektion wurden drei Best Paper Awards vergeben. Helin A. Gessler gewann für ihren Beitrag „Securitizing the Internet: The Case of Turkey“ den Preis für das beste theoretische Paper, Nicolae Urs für „E-government Services in Romanian Cities: A Look from the Inside“ den Preis für das beste empirische Paper und Paiman Ahmad für „Corruption in the Extractive Industry Sector – Reinventing Trusted Governance ‚Iraqi Case‘“ den Publikumspreis.

Organisiert wurden die Central and Eastern European eDemocracy and eGovernment Days von der Hochschule für Öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, dem Information Society Development Institute Chisinau, der Nationalen Universität für den Öffentlichen Dienst Budapest, der Österreichischen Computergesellschaft, dem Österreichischen Institut für Europäische Rechtspolitik sowie der AUB. Kooperationspartner der Konferenz waren die Baden-Württemberg Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung (Büro Budapest) sowie das Österreichische Kulturforum Budapest. Am 3. und 4. Mai 2018 finden die nächsten CEE eGov & eDem Days zum Thema „Smart Cities“ statt.

Tim Kraski

CEU Insight

Rundtischgespräch mit Studierenden und MitarbeiterInnen der Central European University

Anlässlich der Anfang April 2017 in Kraft getretenen sogenannten „Lex CEU“ luden die Studierendenschaft und WissenschaftlerInnen aus dem akademischen Mittelbau der AUB Studierende und MitarbeiterInnen der CEU zu einem Rundtischgespräch ein, um etwas mehr Licht in das Dunkel der aktuellen Entwicklungen zu bringen. Drei Studierende und zwei MitarbeiterInnen der CEU standen am Abend des 9. Mai 2017 unter der Moderation von Lukas Knopp (Vorsitzender der Studierendenschaft der AUB) und Dr. Christina Griessler (wissenschaftliche Mitarbeiterin für das Netzwerk Politische Kommunikation an der AUB) den Gästen der Veranstaltung Rede und Antwort.

Zu Beginn des Rundtischgesprächs gab Knopp einen Überblick über die Entwicklungen der vergangenen Wochen. In der anschließenden ersten Gesprächsrunde brachten die Podiumsgäste zum Ausdruck, wie sie die Entwicklungen um die „Lex CEU“ erlebt hatten. Alle fünf betonten, wie überrascht und schockiert sie von der Gesetzesnovelle gewesen seien und dass sie mit dieser Entwicklung – trotz problematischer Entwicklungen in den Bereichen Medienfreiheit und Rechtsstaatlichkeit und trotz des Aufbaus von George Soros als Feindbild – nicht gerechnet hätten. Für Ágnes Leyrer (CEU; Academic Cooperations Officer), die 2014 für eine Anstellung an der CEU aus dem Ausland nach Budapest zurückgekommen war, bedeuten die aktuellen Entwicklungen

einen starken Einschnitt: „Being Hungarian in Hungary is not easy because you understand the news. I always felt that CEU was an island of democracy, a bubble – and now I’m having the feeling the bubble is bursting.“

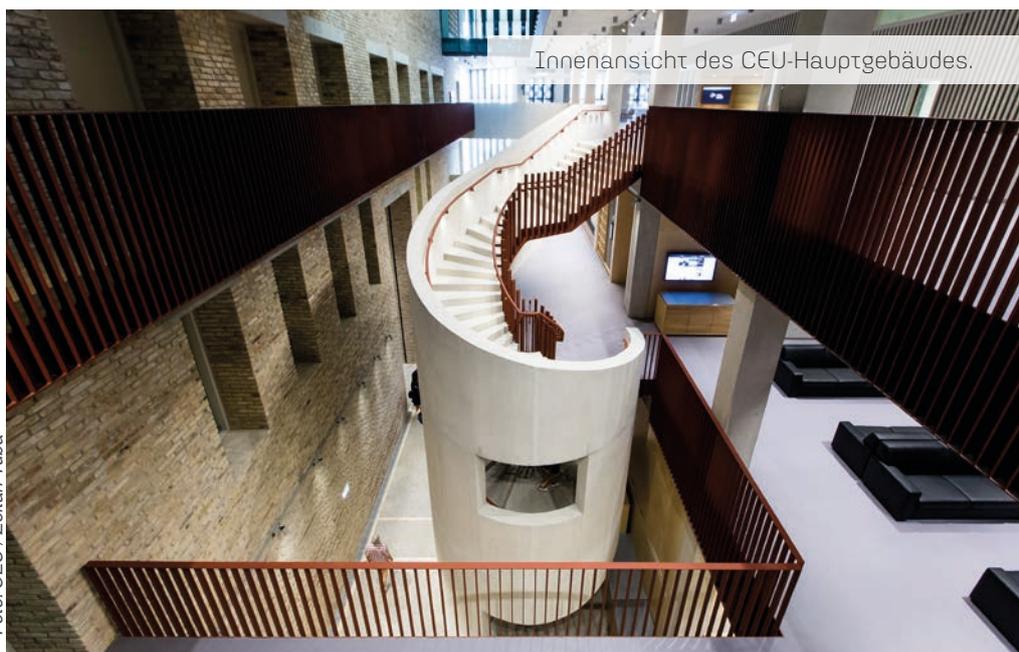
Nach dieser ersten, eher persönlichen Runde, eröffnete Griessler die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Frage nach George Soros’ Einfluss auf die CEU. Da in den ungarischen Medien die CEU in der Regel als „Soros-Universität“ bezeichnet werde, interessiere sie, so Griessler, welchen Einfluss Soros tatsächlich auf die CEU habe. Leyrer führte aus, dass Soros der Gründer der Universität sei, aber aktuell weder Einfluss auf die Finanzierung noch auf die Strategie und die operative Leitung der Universität habe. Die CEU werde über ihr „endowment“ finanziert. Für

die Leitung sei, so Robert Sata (CEU; Research Fellow / Special Projects Officer, Department of Political Science), das „board of trustees“ verantwortlich, in dem, wie Leyrer ausführte, Soros lediglich Ehrenmitglied sei. Da Soros keine Entscheidungskompetenzen in Bezug auf den Alltagsbetrieb der CEU habe, sei die Regierung, wolle sie Soros attackieren, bei der CEU an der komplett falschen Adresse, so Leyrer. Chris Wendt (CEU; MA-Student) drückte einerseits seine Enttäuschung darüber aus, dass westliche Medien den Begriff „Soros-Universität“ zum Teil unreflektiert übernommen hätten – und meinte zugleich: „All press is good press. There is no such thing as bad press.“

Im Folgenden konzentrierte sich das Gespräch auf die Frage, welche Unterstützung bzw. welche kritischen Rückmeldungen die Podiumsgäste als CEU-Angehörige bisher erfahren hatten. Während alle fünf von großer Unterstützung berichteten und ihren Dank für diese zum Ausdruck brachten, wurde zugleich eine für die Podiumsgäste irritierende Entwicklung deutlich. Einige Personen aus dem Bekanntenkreis der CEU-Angehörigen hätten zwar ihre persönliche Unter-

stützung ausgedrückt, seien jedoch nicht bereit gewesen, dies öffentlich zu tun – aus Angst vor etwaigen negativen Konsequenzen. „This intimidati-on culture reminds me of the socialist times my parents lived in“, so Alexandra Medzibrodzky (CEU; PhD-Studentin). Gáspár Békés (CEU; MA-Student) brachte das besagte Verhalten mit dem ungarischen Schulsystem in Verbindung. Den SchülerInnen werde dort nach wie vor nicht beigebracht, kritisch zu denken, sondern gehorsam zu sein.

Im nächsten Schritt gingen die ModeratorInnen auf das von der ungarischen Regierung regelmäßig vorgebrachte Argument ein, die CEU genieße Privilegien und hätte einen unfairen Wettbewerbsvorteil gegenüber ungarischen Universitäten, bspw. weil sie zugleich amerikanische und ungarische Diplome vergeben könne. Leyrer betonte, dass es keine Privilegien gebe und dass alle Studienprogramme der CEU ordnungsgemäß akkreditiert seien. Das Modell, dass eine in den USA akkreditierte Universität im Ausland amerikanische Diplome verbege, sei völlig normal und international üblich. Pikanterweise studiere die Tochter von Staatspräsident János Áder auf einer nach exakt diesem Modell funktionierenden Universität – der British-American Richmond University in London. Auch die Tochter von Ministerpräsident Viktor Orbán habe auf einer nach diesem Modell arbeitenden Universität in der Schweiz studiert. Gáspár stellte heraus, dass es



Innenansicht des CEU-Hauptgebäudes.

Foto: CEU / Zoltán Tuba

allen ungarischen Universitäten freistünde, internationale Kooperationen einzugehen und ähnliche Programme anzubieten und dass die ungarische Regierung besser beraten wäre, die Möglichkeiten der Wissenschaft nicht einzuschränken, sondern zu fördern – bspw. durch eine Erhöhung der Mittel für die Hochschulbildung.

Zum Abschluss der Diskussion wurde die Perspektive durch eine Wortmeldung aus dem Publikum erweitert: Die aktuellen Entwicklungen seien nicht nur unter Berücksichtigung der CEU zu betrachten, sondern in Bezug auf die ungarische Hochschullandschaft als solche. Es sei davon auszugehen,

dass Ungarn als Wissenschaftsstandort massiven Schaden davontragen werde, da der Ruf Ungarns momentan sehr leide. Bspw. könnte der Fall eintreten, dass ungarische WissenschaftlerInnen zukünftig seltener auf wissenschaftliche Konferenzen im Ausland eingeladen würden. Es bleibe nur zu hoffen, dass die ungarische Regierung zur Vernunft komme und die aktuelle Gesetzgebung ändere. Eine Hoffnung, die die Podiumsgäste und das Publikum einhellig teilten.

Tim Kraski

Dieser Artikel erschien auch in der Budapester Zeitung (BZ Magazin Nr. 19 / 2017, S. 6–7).

Öffentliche Debattenkultur in Deutschland: Wie öffentliche Meinung in Deutschland gemacht wird

*Vortrag von Wilhelm von Boddien im Rahmen der Lehrveranstaltung
Praxis der Diplomatie am 11. Mai 2017*

Boddien prägt die Debatte um das Berliner Stadtschloss seit nunmehr 25 Jahren. Er ist Gründer und Geschäftsführer des gemeinnützigen Fördervereins Berliner Schloss e.V. und hat durch sein Engagement entscheidend zum positiven Votum des Deutschen Bundestags für den Wiederaufbau des durch die DDR gesprengten Berliner Stadtschlusses beigetragen.

Das größte kulturelle Bauprojekt der Bundesrepublik Deutschland wurde durch die Grundsteinlegung im Bei-

sein des ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck am 12. Juni 2013 feierlich eröffnet. Gemäß Zeit- und

Kostenplan habe man das „Berliner Schloss – Humboldt Forum“ 2019 vor, also 30 Jahre nach dem Fall der Mauer zu eröffnen.

Jedoch habe man noch einen anstrengenden Schlusspurt vor sich. Es würden von den zugesagten 105 Millionen Euro noch rund 37 Millionen für die Fertigstellung des Vorhabens

fehlen, so Boddien, der dieser Herausforderung zuversichtlich entgegensieht. Schließlich erfreue sich das Schloss zunehmender zivilgesellschaftlicher Anerkennung. Dies zeige sich unter anderem in der Herkunft der Spenden. Im Jahr 2016 seien vierzig Prozent davon aus Berlin gekommen. Das Schloss sei nun endgültig bei den BerlinerInnen angekommen. Immerhin sei es auch das erste Schloss, das auf freiwilliger Basis von Bürgern auf finanziert werde.

Abschließend skizzierte der Referent des Abends seine Erfahrungen und Einsichten zur öffentlichen Meinungsbildung in Deutschland. So müsse man Argumentationsstrukturen im Kontext der Public Diplomacy freundlich und verbindlich, jedoch keinesfalls absolut aufbauen. Ferner seien dynamische Denkhaltungen bei der Führung von umgreifenden gesellschaftlichen Debatten ebenfalls von zentraler Bedeutung.

Die Abwendung von den Grundzügen der „deutschen Risikokultur“ hin zu einer transparenten optimistischen Wertauffassung sei hierfür unabdingbar.

Bálint Lengyel



Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland
Budapest

Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg

Buchpräsentation in der Reihe „Die Habsburgermonarchie 1848–1918“

Am 17. Mai 2017 luden die AUB, das Forschungszentrum für Humanwissenschaften der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (MTA BTK), das Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW-INZ), das Österreichische Kulturforum und das Europa Institut Budapest zur Vorstellung des Teilbandes XI/1 „Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg“ der Reihe „Die Habsburgermonarchie 1848–1918“ ein, welches den chronologischen Abschluss der 40-jährigen Publikationsreihe der Österreichischen Akademie der Wissenschaften bildet.

Die Buchpräsentation wurde von Dr. Henriett Kovács und Dr. Richard Lein (beide AUB) eröffnet. Durch die österreichische Mitwirkung an der deutschsprachigen Bildungsinstitution in Ungarn wolle man sich der gemeinsamen Geschichte beider Nationen durch eine internationale Wissenschaftskooperation widmen: Im Spiegel des 150-jährigen Jubiläums des Österreichisch-Ungarischen Ausgleichs präsentiere der Teilband Forschungsergebnisse zur politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Österreich-Ungarns während des Ersten Weltkrieges, so Kovács und Lein.

Prof. Dr. Pál Fodor (MTA BTK), sprach in seiner Begrüßungsrede von einer ununterbrochenen Kontinuität in der Kooperation zwischen österreichischen und ungarischen HistorikerInnen. Die Wissensakkumulation in Form der umfassenden Reihe solle zeitgenössischen Akteuren der Entscheidungsfindung ermöglichen, wichtige Lehren zu

ziehen, die für gemeinsame Bestrebungen nutzbringend verwertet werden könnten. Prof. Dr. Arnold Suppan (ÖAW), gab in seinem Grußwort einen Ausblick über die weiterführende Forschung. So befinde sich noch ein umfangreicher Band über die Kulturgeschichte in der Fertigstellung. Er solle das Jahrhundertwerk abschließen, so Suppan.

Anschließend erörterte Prof. Dr. Helmut Rumpler (Universität Klagenfurt) die entscheidende Rolle der ungarischen Geschichtswissenschaften bei der Institutionalisierung der Habsburg-Forschung in Mitteleuropa mit einem Zentrum in Wien. Die Erfolgsgeschichte des mitteleuropäischen Forschungsprojekts beruhe auf der methodologischen Breite sowie den nationalpolitisch bedingten, unterschiedlichen Sichtweisen der Autoren.

Dr. Anatol Schmied-Kowarzik (ÖAW-INZ), skizzierte den Aufbau des Werks. Dieser sei in fünf Kapitel gegliedert, wobei die Kapitel 3–5

die Innenpolitik beider Teile der Doppelmonarchie und deren Auswirkung auf die Bevölkerung thematisiere, während sich der Abschlussbeitrag mit den Friedensverträgen von Saint-Germain und Trianon befasse. Bei den 26 Beiträgen von 28 AutorInnen aus 11 Herkunftsländern sei die Verschiedenheit der Sichtweisen und Interpretationen nicht verwunderlich. Nichtsdestotrotz würden sich diese in der Beurteilung der inneren Situation der Monarchie zu einem Gesamtbild zusammenfügen, so Schmied-Kowarzik.

Dr. Imre Ress (MTA BTK) und Prof. Dr. Zoltán Szász (MTA TTI) komplettierten das Panel. Beide betonten die gute Darstellung der aktuellsten Forschungsergebnisse zu der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Österreich-Ungarns während des Ersten Weltkrieges.

Bálint Lengyel

ÖAW INZ

osztrák kulturális fórum^{bud}

EUROPA
INSTITUT
BUDAPEST

Hungarian Academy of Sciences
Research Centre for
the Humanities

ELI Administrative Law SIG Conference

*Konferenz des European Law Institute in Kooperation mit der AUB,
der ELTE, der Kúria Budapest und der Konrad-Adenauer-Stiftung am 7. Juni 2017*

Unter der Leitung des Koordinators und AUB-Gastprofessors Dr. Alexander Balthasar trafen sich die Mitglieder der Study and Interest Group „Administrative Law“ des European Law Instituts zum Austausch rund um das Thema europäisches Verwaltungsrecht. Balthasar, Dr. István Kónya (Kúria) und Prof. Pál Sonnevend (Eötvös-Loránd-Universität Budapest/ELTE) gingen in ihren Begrüßungsreden auf die bestehenden Ängste vor einem Ende des europäischen Integrationsprozesses und die aktuellen Herausforderungen der Europäischen Union ein.

Im ersten Panel führte Prof. Christoph Paulus (Humboldt Universität zu Berlin) die Zuhörer zurück in die Zeiten des Römischen Reiches, Assoc. Prof. Krisztina Rozsnyai (ELTE) erläuterte das aktuelle Verwaltungsverfahrenrecht und den Verfahrenskodex in Ungarn und PD Dr. Attila Vincze (AUB) stellte im Rahmen seines Vortrages über den Einfluss des euro-

päischen Verwaltungsrechtes auf die mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen sein Buch „Unionsrecht und Verwaltungsrecht. Eine rechtsvergleichende Untersuchung zur Rezeption des Unionsrechts“ vor.

Das folgende Panel behandelte das Spezialthema „Recht auf gute Verwaltung“. Assoc. Prof. Polonca Kovač (University of Ljubljana), Richter Marc Clément (Administrative Court of Appeal of Lyon) und Rechtsanwältin Marielle Fiorentino (Consiglio Ordine Avvocati, Neapel) gingen der Frage nach fundamentalen Prinzipien im Verwaltungsverfahrenrecht und einem Spill-Over-Effekt des Art. 41 Charta der Grundrechte der Europäischen Union nach.

Im Rahmen des dritten Panels sprach Dulce Lopes (University of Coimbra) über die Anerkennung und Durchsetzung von fremdstaatlichen Verwaltungsakten, Univ.-Prof. Dr. Konrad Lachmayer (Sigmund-Freud-Universität Wien) stellte seine Überlegungen zum Thema Europä-

ische Agenturen vor, welche ein stark quantitatives Wachstum erleben und damit Teil einer Machtverschiebung sind, und Assoc. Prof. Anna Simonati (University of Trentino) setzte sich mit dem Thema Transparenz und die Pflicht zur Entscheidungsbegründung am Beispiel des italienischen Fallrechts auseinander.

Im letzten Panel äußerte Dr. Mariia Muravska (Central Scientific Experts Office of the Parliament of Ukraine) ihre Gedanken bzw. Bedenken zum Bodenschutzmanagement der EU. Rechtsanwältin Athina Moraita (Athen) schloss zeitgemäß an mit der Behandlung der Migrations- und Flüchtlingskrise aus griechischer Sicht und Dr. Bruno Reynaud de Sousa (Portucalense University) fragte nach der Relevanz des internationalen öffentlichen Rechts im Bereich Migration.

Katja Posselt



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Domokos Kosáry: Ungarn und die internationale Politik 1848/49

Vorstellung der deutschen Übersetzung eines der bedeutendsten geschichtswissenschaftlichen Werke in Ungarn am 21. Juni 2017

Übersetzt wurde das Werk von Prof. Dr. Andreas Oplatka, der zusammen mit dem österreichischen Historiker Franz Adlgasser auch der Herausgeber ist. Aufgelegt wurde der Band Domokos Kosárys (1913–2007) vom Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) in Wien im Mai 2017.

Nach der Begrüßung durch AUB-Rektor Prof. Dr. Dietmar Meyer und durch Prof. Dr. Pál Fodor, Leiter des Forschungszentrums für Humanwissenschaften der Ungarischen Akade-

mie der Wissenschaften – Institut für Geschichtswissenschaft, wurde das Buch von einem der besten Kenner des Freiheitskriegs, dem Historiker Dr. Róbert Hermann, gewürdigt. Tausende von Werken seien in den vergangenen gut anderthalb Jahrhunderten auf ungarischer Seite über die Revolution und den Krieg von 1848/49 publiziert worden, aber Kosárys Darstellung gehöre seiner Meinung nach zu den zehn wichtigsten. Kosáry wähle eine ganz besondere Perspektive, indem er die Einstellung der maßgeblichen europäischen Mächte einer eingehenden Prüfung unterwerfe

und auch das Verhältnis der Ungarn zu den mitwohnenden Nationalitäten untersuche. Ebenso analysiere er die im Gesamtzusammenhang wichtige Politik der polnischen Emigration in Westeuropa. Hermann nahm, wie Kosáry selbst, die ungarische Führung gegen die Vorwürfe in Schutz, sie sei zu naiv und zu ängstlich oder aber zu wagemutig gewesen. Auf gleiche Weise pflichtete er auch Kosárys Kritik bei: Die Absetzung der Habsburger im April 1849 sei zwar moralisch berechtigt, jedoch als politischer Schritt nutzlos oder sogar schädlich gewesen. Hermann

würdigte Kosárys Leistung, die vielen Stränge der Handlung in der Struktur des Buches zu meistern.

Oplatka berichtete schließlich über die Geschichte der Entstehung des deutschsprachigen Bandes. Er selbst als Initiator der vorliegenden Ausgabe bekannte sich zur Meinung, dass Kosárys in seinem Buch bei der Darstellung des damaligen österreichisch-ungarischen Konflikts

beide Seiten gleichermaßen distanziert behandelt habe. Die Ereignisse von 1848/49 seien auf österreichischer wie auf ungarischer Seite lange ein Gegenstand nationalistischer Geschichtsschreibung gewesen, aber die Standpunkte hätten sich in den letzten Jahrzehnten zunehmend angenähert. Der Übersetzer und Mitherausgeber seien indessen der Ansicht, dass Kosárys Werk einen gemein-

samen Nenner enthalte. Deshalb habe es ihm am Herzen gelegen, dieses Werk auch auf Deutsch vorzulegen.

Henriett Kovács



Politischer Populismus

22. Tagung des Bayerischen Promotionskollegs Politische Theorie vom 28.–30. Juni 2017

Die in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung Budapest organisierte Tagung zum Thema „Politischer Populismus“ wurde durch ein Podiumsgespräch zur Frage „Universitäten im Visier von Populisten?“ zwischen Prof. Dr. Matthias Riedl (Central European University Budapest) und Prof. Dr. Hendrik Hansen (AUB) eröffnet. Im Podiumsgespräch sprach Riedl, die reine CEU-Perspektive überschreitend, über aktuell identifizierbare Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit, wie bspw. die Tabuisierung bestimmter Diskurse, und ging darauf ein, welche dieser Bedrohungen durch Populismus erklärt werden können. Hansen referierte die Position und die Argumente der ungarischen Regierung und unterzog diese einer kritischen Prüfung.

Am zweiten Abend der Tagung spannte Prof. Dr. Werner J. Patzelt (TU Dresden) in seinem Vortrag zu „Populismus. Elemente, Ursachen, Gegenstrategien“ den thematischen Faden fort. Er identifizierte fünf Elemente des Populismus: 1.) Die vereinfachte Darstellung politischer Zusammenhänge in demagogischer Absicht, 2.) das Streben nach politischen Ämtern aus Selbstsucht und nicht Gemeinwohlorientierung, 3.) einen Politikstil, der vom Gegensatz „die da unten“ zu „denen da oben“ bestimmt sei, 4.) verstünden Populisten sich als die wahren Vertreter des Volkes, 5.) sei Populismus stets ein Hinweis auf Störungen der repräsentativen Demokratie. Überall, wo etablierte Parteien die BürgerInnen und deren



Themen nicht ernstnehmen, entstünden Repräsentationslücken, in denen sich Populisten einnisten würden. Ihnen entgegenzutreten bedeute, sensibel für diese Lücken zu sein und diesen vorzubeugen. Abschließend empfahl Patzelt Regeln für die Kommunikation mit Populisten. Man müsse sorgfältig hinhören, welche Sorgen und Ängste Populisten bewegten. Begründetes solle in den Prozess der demokratischen Repräsentation eingespeist werden; dem Unbegründeten müsse man argumentativ und mit verstärkter politischer Bildung begegnen.

Im Anschluss diskutierten, moderiert von Hansen, Melani Barlai (wissenschaftliche Mitarbeiterin, Netzwerk Politische Kommunikation / AUB) und András Stumpf (Heti Válasz) mit Patzelt die Thesen des Vortrags und deren Anwendung auf Ungarn. Dabei wurde deutlich, dass es wenig helfe, vor Populisten zu kapitulieren oder zu hoffen, das Problem löse sich dadurch, diese zu ignorieren. Nur der „kommunikative Nahkampf“ (Patzelt) biete die Chance, legitime Repräsentationslücken zu

schließen und – im Fall von Fehlwahrnehmungen – durch Argumente zu überzeugen und einen aufflackernden Populismus überflüssig zu machen.

Im Verlauf der Tagung hatten die Promovierenden des Kollegs, das eine gemeinsame Einrichtung der Universitäten Eichstätt-Ingolstadt, Erlangen-Nürnberg, Passau, Regensburg und der AUB ist und auf die gemeinsame DoktorandInnen Ausbildung im Bereich der Politischen Theorie und Ideengeschichte abzielt, die Möglichkeit, ihre Dissertationsvorhaben vorzustellen.

Réka Szentiványi, Tim Kraski

Dieser Artikel erschien auch in der Budapester Zeitung (BZ Magazin Nr. 26/2017, S.26–27).



Portrait

Central European University (CEU)

Die Central European University (CEU) ist eine postgraduale Universität und zugleich ein wissenschaftliches Begegnungszentrum, an der Studierende und WissenschaftlerInnen aus der ganzen Welt zusammenkommen, um interdisziplinär zu studieren, auf höchstem Niveau zu forschen und sich einigen der dringlichsten Herausforderungen unserer Gesellschaft zu stellen.

Die CEU bietet englischsprachige Master- und Ph.D.-Programme in den Geistes-, Rechts- und Sozialwissenschaften sowie in Betriebswirtschaft und Public Policy an. Ihr zentrales Erkenntnisinteresse gilt den Themen verantwortungsvolle Staatsführung, nachhaltige Entwicklung und gesellschaftlicher Wandel, jedoch reicht die Bandbreite ihrer Forschungsgebiete von der Kognitionswissenschaft bis zur Netzwerkanalyse und von der Ökologie bis zur mittelalterlichen Kunstgeschichte.

In den 25 Jahren ihres Bestehens entwickelte sich die CEU zu einer der herausragendsten postgradualen Universitäten in Europa. In acht Diszipli-

nen ist die CEU unter den angesehensten 200 Universitäten weltweit.

Die CEU ist eine unabhängige und selbstverwaltete akademische Institution, die im völligen Einklang mit dem ungarischen Recht und Gesetz arbeitet. Sie wird durch ein Kuratorium und einen akademischen Senat geführt. Ihr Rektor/ ihre Rektorin wird durch das Kuratorium und den ungarischen Präsidenten ernannt.

Ungarisch und international

Die CEU ist eine US-amerikanische Universität, die aufgrund ihrer Akkreditierung durch die Middle States Commission on Higher Education US-amerikanische Abschlüsse vergibt. Seit 2004 sind ihre Programme auch über ihr ungarisches Standbein, die Közép-európai Egyetem, in Ungarn akkreditiert.

An der CEU studieren rund 1440 Studierende jährlich, zwei Drittel davon in den Master- und rund 400 in den Ph.D.-Programmen; einige auch in weiteren, nichtakademischen Programmen. Mit Studierenden aus über

108 Länder der Welt ist die CEU eine der internationalsten Universitäten weltweit. 197 Stamm- und 208 Gastlehrenden kommen aus 46 verschiedenen Ländern und sorgen für einen internationalen Ansatz in der Lehre. Rund 40 Prozent des Lehrpersonals und 20 Prozent der Studierenden kommen aus Ungarn.

Die große Mehrheit der Studierenden profitiert von einer der zahlreichen finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten (CEU-Voll- oder Teilstipendien, Studiengebührenerlasse, externe Stipendien, etc.), die es auch finanziell benachteiligten Studierenden ermöglichen, an der CEU zu studieren.

BewerberInnen können aus 36 Master- und 12 Ph.D.-Programmen in den Bereichen der Geistes- und Sozialwissenschaften, sowie Rechts- und Wirtschaftswissenschaften wählen. Das Betreuungsverhältnis liegt bei 1:8.

Die CEU unterhält intensive Verbindungen zu anderen ungarischen Universitäten. Im Rahmen von interuniversitären Abkommen lehren z. B. Ph.D.-Studierende der CEU Englisch an einer Reihe von ungarischen

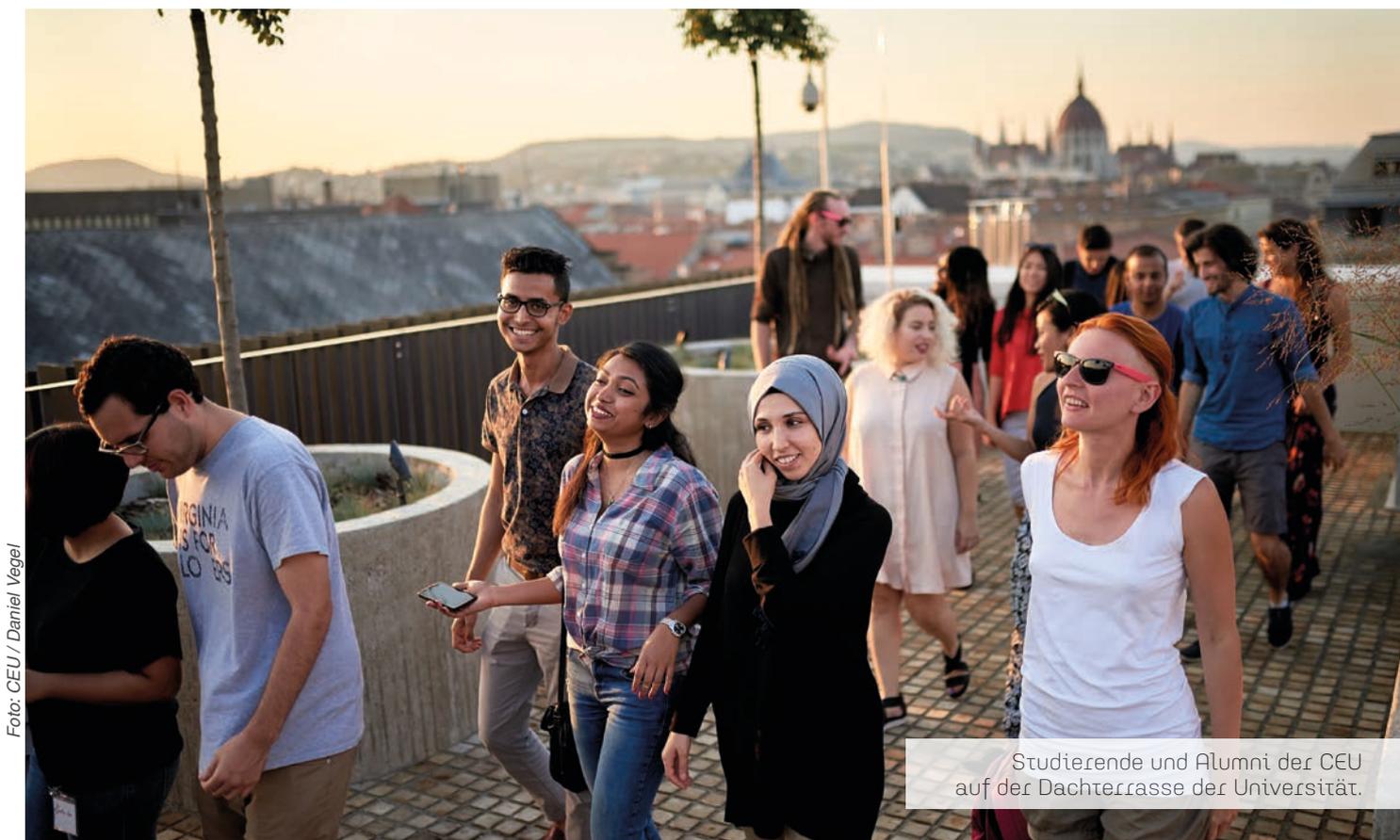


Foto: CEU / Daniel Veigel

Studierende und Alumni der CEU auf der Dachterrasse der Universität.

Universitäten. Mit der Andrássy Universität Budapest hat die CEU ebenfalls ein Abkommen zur Förderung der Mobilität von Studierenden zwischen den beiden Universitäten.

Die CEU im Herzen von Budapest

Das neue, innovative und moderne Gebäude der CEU in der Nándor Straße – errichtet von einem ungarischen Bauunternehmen – trägt nicht nur zur Erneuerung des Stadtzentrums bei, sondern ist auch ein moderner und außergewöhnlicher Veranstaltungsort. Die CEU ist Gastgeber für eine Vielzahl von kulturellen Veranstaltungen, Konzerten und Ausstellungen. Teile des neuen Campus und mehr als 700 Veranstaltungen pro Jahr sind öffentlich.

Die einzigartige Bibliothek der CEU wird von vielen Budapestern genutzt und ist aufgrund einer Vielzahl von Vereinbarungen zugänglich für Studierende und Lehrende anderer Universitäten.

Forschungsförderung und Zusammenarbeit

Die CEU ist die erfolgreichste Universitäten unter den ungarischen Hochschuleinrichtungen bei der Einwerbung von Fördermitteln, die durch

den Europäischen Forschungsrat (ERC) ausgeschrieben werden. Von der an der CEU durchgeführten Forschung profitieren auch lokale Unternehmen und staatliche Einrichtungen: Zum Beispiel lässt sich sowohl das Nationale Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsamt (NKFIH) als auch die Abteilung für Internationale Beziehungen der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (MTA) regelmäßig durch die Forschungskordinationsstelle der CEU beraten.

Ziviles Engagement

Um den Beitrag der CEU zur Zivilgesellschaft in Budapest und Ungarn weiter auszubauen, wurde 2016 das Civic Engagement Office an der CEU gegründet. Durch den sog. „Science Shop“ ermöglicht es die Universität ungarischen Non-Profit-Organisationen und anderen gemeinnützlichen Gruppierungen, die Ressourcen der Universität für ihre Forschungsinteressen zu nutzen.

Mit ihrem „Roma Access Program“ unterstützt die CEU die Bildung von jungen Roma, integriert sie in das Leben an der Hochschule und bietet ihnen so die Grundlage für einen weiterführenden akademischen Bildungsweg. CEU-Lehrende und Studierende

CEU in Zahlen:

397	Lehrende
1440	Studierende
13	Fachbereiche
36	Masterstudiengänge
12	Ph.D.-Programme
20	Forschungszentren

Zwischen 2014–15 erhielt die CEU 8,4 Millionen Euro externe Forschungsförderungsmittel.

Die CEU hat 13.900 Alumni in 133 Ländern weltweit.

geben an Grund- und Mittelschulen in Budapest und an vielen anderen Schulen im Land Nachhilfe, übernehmen Mentoring-Partnerschaften und engagieren sich in anderen Lernunterstützungsaktivitäten, z. B. in Mathematik, Englisch und Umweltbewusstsein.

CEU/Übersetzt aus dem Englischen vom Referat für Marketing und Kommunikation



Das Hauptgebäude der CEU in der Nándor Straße.

Semesterrückblick

STUDIERENDENSCHAFT, DOKTORANDINNEN & ALUMNI

Alumni-Verein spendet Sitzsäcke für Kossutheria

Im Sommersemester 2017 überreichte Alumni-Vereinspräsident Thomas Bümsen den Vertretern der Studierendenschaft acht Sitzsäcke für die „Kossutheria“, den Gemeinschafts- und Aufenthaltsraum der Studierenden an der AUB. Die gespendeten Sitzsäcke wurden passend für die frisch renovierte Kossutheria ausgewählt, die im Sommersemester neben neu gestrichenen Wänden, Stühlen und Tischen auch eine neue Deckenbeleuchtung erhielt und jetzt auch die vom Deutschen Kunstfond gespendeten Kunstwerke beherbergt (siehe Artikel auf Seite 6).



Fokus IB – Internationale Beziehungen und Diplomatie in der Praxis



Die Fokus-IB-Gruppe mit dem finnischen Botschafter Petri Tuomi-Nikula.

Wie sieht der Arbeitsalltag an der Deutschen Botschaft Budapest aus? Wie baut ein deutsches Unternehmen seine Beziehungen mit ungarischen Partnern aus? Warum ist das finnische Schulsystem so erfolgreich? Was ist das leckerste Getränk im Iran?

Um diese Fragen und um vieles mehr ging es bei den Veranstaltungen von Fokus IB im Sommersemester 2017. Das Programm ist eine studentische Initiative, bei der die Studierenden ihre während des Studiums erworbenen theoretischen Kenntnisse mit Einblicken in die „Praxis der internationalen Beziehungen“ bzw. in die tägliche Arbeit von internationalen Organisationen, Ministerien und Verwaltungsstellen er-

gänzen. Ein weiteres Ziel von Fokus IB im Sommersemester 2017 war, auch aktuelle Themen der internationalen Politik mit den Gastgebern zu diskutieren.

Neben den klassischen diplomatischen Einrichtungen hatten die Studierenden im Sommersemester 2107 auch die Möglichkeit, Einblicke in weitere Institutionen zu gewinnen. Auf dem Programm standen Besuche bei der Al-

banischen, Britischen, Deutschen und Finnischen Botschaft, bei der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer, bei Amnesty International Budapest und der International Organization for Migration (IOM) Budapest.

Zwei Höhepunkte des Semesters waren außerdem der Fotovortrag des Fremdenführers und Fotografen Zsombor Cseh am 30. März 2017, der

mit vielen spannenden Aufnahmen einen Iran hinter den politisierten Bildern der Medien vorstellte, und der Vortrag des ehemaligen ungarischen Konsuls in Deutschland Gábor F. Tóth am 17. Mai 2017, der in seinem Vortrag über seine persönlichen Erfahrungen als Konsul (6 Jahren in Berlin, 3 Jahren in Bonn) berichtete.

Lilla Mergl

Exkursion nach Belgrad

In den vergangenen Jahren haben verschiedene Aktivitäten das Interesse der AUB an der aktuellen Lage auf dem Westbalkan deutlich gemacht. Erinnert sei beispielsweise an das Andrássy Forum for Western Balkan Studies, dessen erstes Treffen im Wintersemester 2014 stattfand, an den Vortrag des Botschafters der Republik Montenegro im Rahmen der Ringvorlesungen „Praxis Diplomatie“ oder an die Exkursion nach Bosnien-Herzegowina im Sommersemester 2015.

Während Kooperationen im Bereich der Politikwissenschaften mit Universitäten in Zagreb, Skopje / Tetovo und Sarajewo bereits existieren, gab es bisher zu serbischen Hochschuleinrichtungen noch keine Kontakte. Nun wurde unter der Leitung von Dr. Ulrich Schlie (Zentrum für Diplomatie an der AUB) ein wichtiger Schritt unternommen, um die akademischen Kontakte zu Universitäten in Serbien zu stärken. Vom 20. bis 23. April 2017 fand eine Exkursion von Studierenden und DoktorandInnen der AUB nach Belgrad statt – und als Novum in diesem Rahmen ein Oberseminar, gemeinsam mit dem Ph.D.-Seminar der Fakultät für Politikwissenschaft an der Universität Belgrad.

Das Oberseminar nahm den größten Teil des Programms ein. An der Fakultät für Politikwissenschaften der Universität Belgrad wurden die Studierenden von Dekan Prof. Dragan Simić begrüßt, das Seminar eröffneten Prof. Slobodan Samardžić und Prof. Radmila Nakarada.

Die Beiträge zum Seminarthema „The Current Challenges in the Balkans“ berührten in einer Tour d’horizon alle Brennpunkte der internationalen Politik auf dem Balkan. Sie verdeutlichten einmal mehr, dass es ein Europa über die EU hinaus gibt, dessen Nachkriegsgesellschaften, Zerfallsprodukte des einmal gemeinsamen Staates Jugoslawien, tiefgreifenden Transformationsprozessen ge-

genüberstehen. Historisch schon immer ein Feld widerstreitender geopolitischer Interessen, sind die Westbalkanländer den Einflussversuchen globaler und aufsteigender regionaler Player ausgesetzt. Der unterschiedliche Stand des Beitrittsprozesses zur EU spiegelt die inneren und regionalen Konflikte, aber auch Vorbehalte, die aus den jüngsten innergemeinschaftlichen Entwicklungen in der EU entstehen.

Besondere Aufmerksamkeit wurde den beiden von Dr. Schlie eingeladenen Experten aus Italien und Deutschland zuteil. Andrea Lorenzo Capussela referierte zum Thema „Kosovo and Macedonia: the way ahead. Problems and perspectives“. Markus Heipertz, im Bundesfinanzministerium Berlin aktuell mit dem Brexit beschäftigt, kommentierte aus seinem Insider-Blick die Perspektiven und Erwartungen der Westbalkanländer, wie sie im Lichte des Beitrittsprozesses und der aktuellen Entwicklungen in der EU mit der angestrebten EU-Mitgliedschaft verbunden sind

Die Seminarsprache war Englisch; die serbischen Partner setzten mit ihren sehr offenen Beiträgen die Akzente, die Teilnehmer aus Budapest, darunter ungarische, ukrainische, bosnische und deutsche ReferentInnen, antworteten mit ihren Kommentaren. Deutlich wurde, dass in Serbien die Sympathien für einen Beitritt zur EU stärker sind als für

eine völlige Integration in die NATO – die Bombardements durch die amerikanischen Luftstreitkräfte im Jahre 1999 haben tiefe Wunden gerissen, und auch die Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos durch eine Reihe von EU-Staaten, darunter Deutschland und Österreich, die bereits 2008 Botschaften in Pristina eröffneten, bilden eine mentale Barriere für eine Annäherung an den Westen.

Weitere Angebote im Rahmen der Exkursion – ein kurzes Briefing durch den Gesandten der Deutschen Botschaft in Belgrad und eine Begegnung mit den MitarbeiterInnen der Konrad-Adenauer-Stiftung – warfen interessante Schlaglichter auf die aktuelle politische Situation in Serbien unmittelbar nach den Präsidentschaftswahlen.

Auch die Freizeit kam nicht zu kurz – ein Referat aus dem Teilnehmerkreis über die lebendige kulturelle Szene Belgrads bestätigte die Eindrücke, die viele schon bei der Erkundung des quirligen Nachtlebens hatten sammeln können. Am letzten Tag führte das Programm zunächst in die Außenbezirke von Belgrad. Ein kurzer Besuch im Museum am Tito-Mausoleum bestätigte die Ausführungen zur Jugoslawien-Nostalgie im Seminar, danach stand die Besichtigung der Residenz der Königsfamilie Karadjordjevic auf dem Programm. Weiter ging es mit dem Bus nach Oplenac, wo eine Führung durch das Mausoleum der Dynastie anstand. In dem kleinen Museum war u. a. das Telegramm mit der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien vom 29. Juli 1914 zu bestaunen.

Karl Dieter Uessler

Exkursion nach Siebenbürgen

Die wissenschaftliche Exkursion im Sommersemester 2017 der Lehrstühle für Kulturwissenschaften und Mitteleuropäische Geschichte führte zwischen dem 30. Mai und dem 2. Juni 2017 in das multiethnische und multi-konfessionelle Siebenbürgen. Master- und Doktoratsstudierende, begleitet von den Lehrstuhlinhabern Prof. Dieter A. Binder und Dr. habil. Georg Kastner, sowie von Oberassistentin Dr. Andra-Octavia Drăghiciu, lernten wichtige urbane Zentren sowie historisch und kulturell relevante Einrichtungen kennen.

Die symbolische Hauptstadt Siebenbürgens Cluj-Napoca (Koloszvár, Klausenburg) stellte das erste Ziel dieser Exkursion dar. Neben einer ausgiebigen Besichtigung dieser von jeher multinationalen und multikonfessionellen Stadt, in der auch der legendäre ungarische König Matthias Corvinus zur Welt kam, wurde die Gruppe vom Prorektor der Babeş-Bolyai Universität Prof. Rudolf Gräf und von Studierenden der deutschsprachigen Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Unternehmensführung empfangen. Nach einer Präsentationsrunde hatten die Studierenden die Möglichkeit, sich mit ihren Pendanten aus Rumänien in einem gemütlichen Rahmen auszutauschen.

Nach einem Zwischenstopp in Târgu Mureş (Marosvásárhely, Neumarkt) erreichte die Gruppe Sighişoara (Segesvár, Schäßburg), das in den letzten Jahren weitgehend renoviert und revitalisiert wurde. Besonders beeindruckend war hier der alte evangelische Friedhof, der mehrheitlich von deutschsprachigen Einwohnern verwendet wurde und wo bis heute Bestattungen stattfinden. Die Deutschsprachigkeit in Form von Straßen- und Hinweisschildern ist allgegenwärtig, auch wenn sich die Zahl der Siebenbürger Sachsen seit Jahren auf einem niedrigem Niveau befindet und weiter sinkt.

Der dritte Exkursionstag führte die Gruppe über Cincşor (Kissink, Kleinschenk) mit einer Besichtigung

der dortigen Kirchenburg und der mittelalterlichen Burg in Făgăraş (Fogaras, Fogarasch) schließlich nach Sibiu (Nagyszeben, Hermannstadt). Durch die Besichtigung von Kirchen unterschiedlicher Konfessionen wurde den Studierenden die nachhaltige Etablierung der Reformation und ihre besondere Rolle in diesem Gebiet bewusst. Zudem spiegelten die Architektur, die Zusammensetzung der Bevölkerung, sowie die Denkmäler, Gedenktafeln und Museen die historischen Umwälzungen und die wechselnden administrativen Zugehörigkeiten Siebenbürgens im Laufe der Jahrhunderte wider. Durch die Tatsache, dass Pferdewagen neben Luxusautos auf den Straßen fahren, dass man sowohl Zigeunerpaläste als auch Opernhäuser sehen konnte und dass mittelalterliche Burgen im Schatten neuer orthodoxen Kathedralen standen, realisierten schließlich alle, dass Siebenbürgen bis heute ein facettenreiches Land der Kontinuität ist.

Andra-Octavia Drăghiciu



AUB @ Dunai Regatta 2017

*Bilder des Drachenbootrennens der ungarischen
Universitäten am 6. Mai 2017*

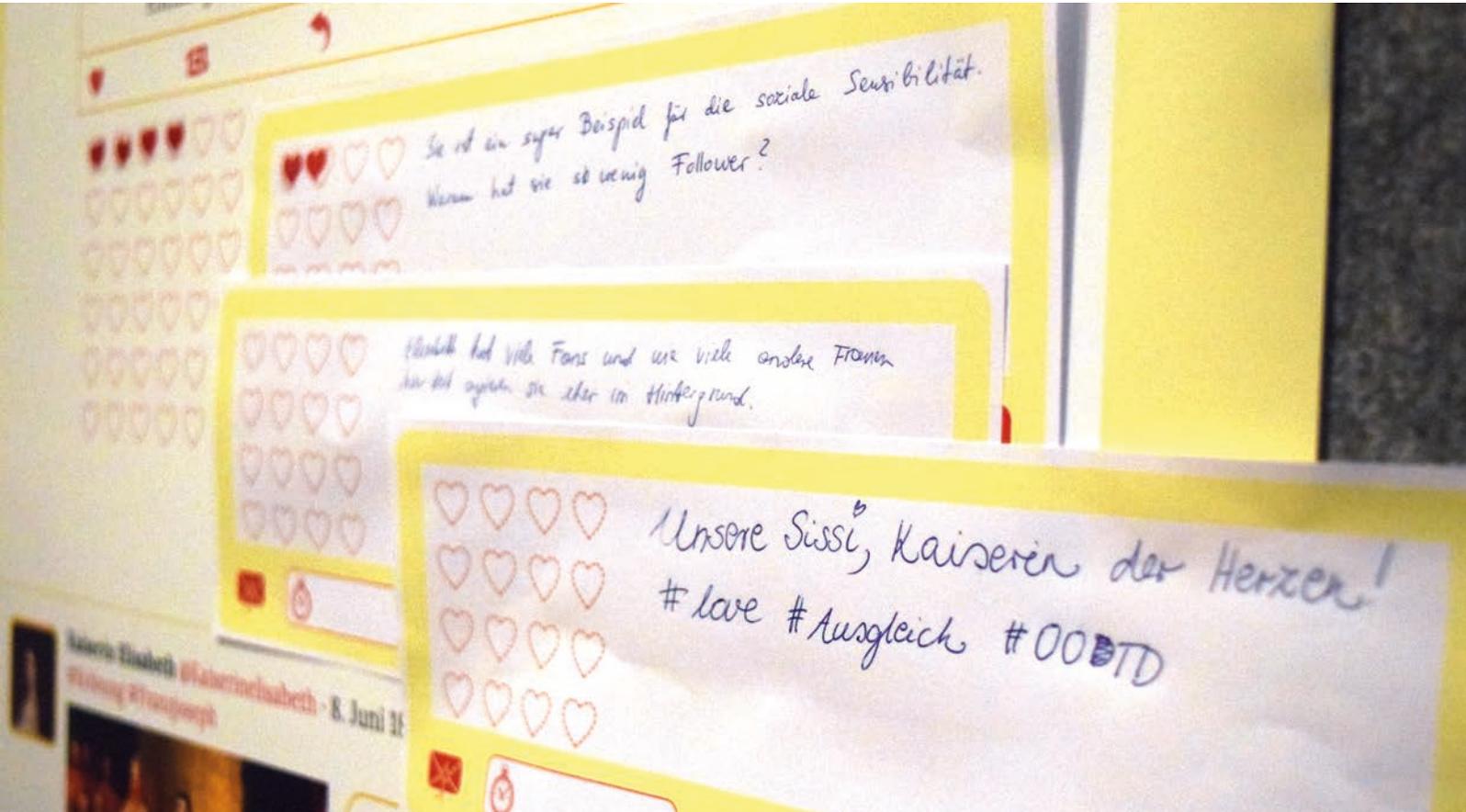






#ausgleich150

Eine interaktive Offline-Social-Media-Installation zu „150 Jahre Österreichisch-Ungarischer Ausgleich“



Ein Projektteam im Seminar für „Angewandte Kulturdiplomatie I – Kulturmanagement für Kulturdiplomaten“ (Studiengang M.A. Mitteleuropäische Studien – Diplomatie) unter der Leitung von Dr. Márton Méhes thematisierte im Sommersemester 2017 die historischen, diplomatischen und politischen Ereignisse rund um den Österreichisch-Ungarischen Ausgleich vor 150 Jahren in einem innovativen und interaktiven Format.

Die deutschsprachige Installation zu „150 Jahre Österreichisch-Ungarischer Ausgleich“ entführt die BesucherInnen auf ungewöhnliche Art in die heutige Social-Media-Welt. Posts und Comments wie auf Twitter sind wichtige Bestandteile der interaktiven Ausstellung, die bewusst offline gestaltet wurde: Hauptakteu-

re von 1867, wie Kaiser Franz Joseph, Ferenc Deák, Lajos Kossuth oder eben Sissi, drücken sich 2017 in ungewöhnlichen Posts auf der fiktiven Social-Media-Plattform „Zwitscher“ aus, wobei der Inhalt der Beiträge

auf gründlich recherchierten, authentischen Archivdokumenten basiert.

Das Team gestaltete das Projekt #ausgleich150 mit dem Anspruch, dem Zielpublikum fachliches Wissen



Das Projektteam mit Leiter Márton Méhes.

und historisches Bewusstsein zu vermitteln: Dabei wurde allerdings durch die Präsenz kontextfremder Kommunikationskanäle die gewohnte Vermittlung historischer Ereignisse völlig auf den Kopf gestellt – durch die besondere und spektakuläre Kombination von Inhalt und Form soll vor allem die Generation Y angesprochen werden.

Bei der Ausstellungseröffnung am 23. Mai 2017 in der Kossutheria an der AUB tauchten die Gäste dann in die Welt von „Zwischer“ ein: Zahlreiche BesucherInnen interagierten mit den fiktiven Social-Media-Accounts bekannter Persönlichkeiten aus der Zeit des Ausgleiches und nutzten die dazugehörigen Reaktionsflächen, um die Posts zu kommentieren oder zu „ liken“.

Die Installation schaffte darüber hinaus neue Ansätze für Kooperationen mit dem Österreichischen Kulturforum Budapest, welches zusammen mit der Österreichischen Botschaft Budapest, dem Österreich Institut Budapest, der Österreichischen Schule Budapest, der Aktion Österreich-Ungarn und der AUB-Studierendenschaft Partner des Projekts sind. Die Installation wurde auch an der Österreichischen Schule Budapest sowie am Österreich Institut Budapest gezeigt.



Gergő Kovács



WISSENSCHAFT UND LEHRE

Disputationen

Disputation von Fabienne Gouverneur zum Thema: „PERSONAL, CONFIDENTIAL – Mike W. Fodor als Netzwerker und Kulturmittler“ am 19. Januar 2017

Fabienne Gouverneur studierte an der AUB-Doktorschule im Teilprogramm Geschichte bzw. im Doktoratskolleg für Mitteleuropäische Geschichte zwischen dem WS 2011/12 und dem SoSe 2014.

Ihr Betreuer war Prof. Dr. Dieter Anton Binder, Leiter des Lehrstuhls für Kulturwissenschaften.

Sie erlangte ihren Dokortitel mit der Bewertung summa cum laude.

Disputation von Patrick Jajko zum Thema: „Veränderung der Straßennamenlandschaft in Budapest und Wien zwischen 1918 und 1934“ am 10. März 2017

Patrick Jajko studierte an der AUB-Doktorschule im Teilprogramm Geschichte bzw. im Doktoratskolleg für Mitteleuropäische Geschichte zwischen dem WS 2011/12 und dem SoSe 2014.

Sein Betreuer war Prof. Dr. Dieter Anton Binder, Leiter des Lehrstuhls für Kulturwissenschaften.

Er erlangte seinen Dokortitel mit der Bewertung summa cum laude.

